

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1, 20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Nr. 94.

Danzig, den 20. November 1912.

3 Jahrgang.

An die sozialistischen Frauen aller Länder!

Genossinnen! Das grauenvolle Völkerringen auf dem Balkan droht durch die Schrecken eines Weltkrieges überboten zu werden. Die Folgen solchen Geschehens für die Arbeiterklasse sind unabsehbar. Das befragt aber für die Arbeiterklasse gewaltigen Kampf, der die kapitalistische Ordnung stürzen und Raum für den Sozialismus und die höhere Entwicklung der Kultur schaffen muß. Für das kämpfende Proletariat ist es die heiligste Verpflichtung dieser ersten Stunde, Schützer und Bewahrer des Friedens zu sein. Die Sozialistische Internationale, vertreten durch das Internationale Sozialistische Bureau, hat daher die Arbeiterklasse aller Länder aufgerufen, ihren ehrlichen, unerschütterlichen Friedenswillen der verbrecherischen Kriegshetze von Minderheiten entgegenzusetzen für die der Völkermord zum Geschick gehört. Ein bedeutendes Glied in der Kette der Massentünderungen gegen den Krieg wird der

Außerordentliche Internationale Sozialistische Kongreß

bilden, der für den 24., 25. und 26. November nach Basel einberufen worden ist.

Genossinnen! Die ungewöhnlichen, verantwortungsschweren Umstände schlossen eine längere Vorbereitungszeit für die Tagung aus. In der Folge ist es auch nicht möglich, auch an diesem Kongreß in einer Stärke zu beteiligen, die eurem Interesse an der Erhaltung des Friedens und der Bedeutung eurer Betätigung im Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr entspricht. Um so dringlicher ist es, daß ihr euch sofort mit den Genossen über die Entsendung weiblicher Delegierter verständigt. Auf dem Kongreß muß es zum Ausdruck kommen, daß in allen Ländern die sozialistischen Frauen mit der gesamten Sozialistischen Internationale zum Kampf gegen den Krieg zusammengeschlossen sind. Das Blut, was die Schlachtfelder tränken soll, ist den Proletarierinnen kostbarer als der eigene Lebenssaft; es ist das Blut der Ährigen. Frauenmühen, Frauentränen hängen an dem Gut, das Rüstungswahn und Eroberungstollheit gewissenlos vergeuden. Hoffnung auf künftiges Erbe, das der Sozialismus unserm Geschlecht ganz erschließt, ist uns die Kultur, die von eines Weltkrieges ehernem Tritt und bluttriefender Faust bedroht wird.

Genossinnen! Eucht in fester Ideen- und Kampfgemeinschaft mit der Sozialistischen Internationale dafür, daß es niemals an dem Verständnis und der Opferbereitschaft der arbeitenden Frauenmassen fehlt, wenn das kämpfende Proletariat seine breite Brust der Kriegshetze entgegenstemmt.

Unser Kampf gegen den Krieg gilt unserm Todfeind: dem Kapitalismus; der Friede soll uns Wegbereiter des Sozialismus sein.

Mit sozialistischem Gruß!

Klara Zetkin,

Internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen.

Ein Drama des Klassenhasses.

Unter dieser Überschrift bringt unser Bochumer Parteiblatt einen Artikel, der trübe Erinnerungen aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung reißt, der uns aber auch zeigt, wohin ein von der Zentrumsparlei und ihren geistlichen Parteigängern aufgeschwemmter religiöser und politischer Partisanismus führen kann. Der gütige und bösartige Wille eines Zentrumsblattes, die Sozialdemokratie zu verleumdern, ist es auch, der unserm Bochumer Bruderorgan Veranlassung gegeben hat, diese Erinnerungen, die sich an ein furchtbares Drama knüpfen, aufzurollen und dieses selbst darzustellen. Ehe wir aber auf die Sache selbst eingehen, möchten wir zum besseren Verständnis der Dinge zunächst auf folgendes aufmerksam machen.

Bekannt ist die Aufnahme unserer Genossen bei der Agitation in den schwarzen Zentrumsdomänen. Bekannt ist, wie Dreiflügel, Reisser, Revoiver heute noch von den schwarzen Heiden gebraucht werden, um sich mit solchen und ähnlichen Waffen der sozialdemokratischen Agitation entgegenzustellen. Unsere Genossen, die sich der Landagitation hingeeben haben, wissen davon ein Liedchen zu singen. Und was die ersten Anhänger der sozialdemokratischen Partei in einer für diese erschlossenen Gegend auszuhalten hatten und haben, ist auch bekannt. Und ebenso, daß es mit dem schwarzen Terror früher noch schlimmer stand wie heute.

Das von unserm Parteiblatt angezogene Drama spielte sich im schwarzen Münsterlande ab und zu einer Zeit, als die sozialdemokratische Bewegung anfang hier Fuß zu fassen. Der Riesenstreik im Jahre 1889 hatte auch in den münsterländischen Bergarbeitern die wirtschaftlichen Instinkte der Grubenkraven entfacht; wühende, viel versprechende Zahlstellen des Bergarbeiters, wühende Instände und hier und dort bemühten sich Knappen, auch der sozialdemokratischen Partei in den schwarzen Gefilden Eingang zu verschaffen. Bis zum Jahre 1887 (es kommt der Wahlkreis Recklinghausen-Borken in Frage) waren sozialdemokratische Stimmen nicht abgegeben worden. Dafür erhielt von 18913 abgegebenen Stimmen das Zentrum 17 133. Erst nach dem Streik im Jahre 1890 meldete sich die Sozialdemokratie, für die vom nahen Gelsenkirchener Bezirk (Bochumer Wahlkreis) aus fleißig Agitation betrieben wurde, mit 1267 Stimmen an. Die Träger der Arbeiterbewegung im Kreise selbst waren meist Leute, die infolge von Wahrgelungen und Sperre auf den münsterländischen aufstrebenden braunen Untergrund gesucht und gefunden hatten. Aber es waren arme Leute, die diese Pioniere durchmachen mußten; hatten sie schon Arbeit, so haperte es mit den Wohnungen. Wer als Sozialdemokrat bekannt war, dem waren solche meist gesperrt oder die Wohnungen wurden ihnen von den schwarzen Zentrumsparleigängern abgetrieben. Geistliche bemühten sich bei Hauswirten lebhaf-

haft um die Delegation unserer Genossen, und sie ließen auch Leute nicht in Ruhe, die Genossen als Kostgänger bei sich aufnahmen.

Die schwarze Verfolgungswut steigerte sich, als die Genossen anfangen, das von Joseph Teup herausgegebene und redigierte Parteiorgan, die „Volksstimme“ in Gelsenkirchen im Münsterlande mit Erfolg einzuführen. Es ist von besonderem Interesse zu wissen, daß das Blatt in den Jahren 1890/1891 8000 bis 9000 Abonnenten zählte und nicht ungeachtet redigiert wurde. Leider schloß sich Teup später der sozialdemokratischen Jugendbewegung an, die mit Hilfe der Schwarzen und der Behörden alles getan hat, um die Gelsenkirchener Arbeiterbewegung zu Grunde zu richten. Was auch geschehen ist, nachdem Grubencapital und die Gerichte auch das ihrige mit dazu beigetragen hatten.

Nie im Verlauf der neunziger Jahre die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet behandelt wurde, läßt sich kaum ausmalen. Schlimmer ist es den Parteigenossen in den schlimmsten Tagen des Sozialistengesetzes auch nicht ergangen. Hunderte und selbst Tausende wurden in den Jahren 1889 bis 1893 vom Grubencapital auf Straßenpflaster geworfen, und über die Gemahrgelten wurde die Sperre verhängt, hunderte bekannte Parteigenossen haben sich hungern und im tiefsten Elend viele Monate lang durchschlagen müssen. Die Grubenproben nahmen furchtbare Rache vornehmlich für die Streiks, in die die Bergarbeiter in ihrer Verzweiflung mehrmals gezwungen wurden. Hunderte Bergarbeiter saßen infolge der Sperren, die sich aus der Bewegung oder den Streiks heraus entwickelten, in den Gefängnissen, bis schließlich politische Leidenschaft die Verfolgung rante durch das bekannte Essener Justizhausurteil gegen Schröder und Genossen. An der beispiellosen Heße nahmen teil, das sei nochmals gesagt, die schwarze Presse und vor allen Dingen die Geistlichkeit. Noch in späteren Jahren haben Zentrumszeitungen, wie die Gladbecker, aufgefordert, Sozialdemokraten mit Knütteln zu begegnen. Kein Wunder, daß man unsere Genossen fortgesetzt provozierte und ihnen aufauerte, sie überfiel und mißhandelte. Auch den Schreiber dieser Zeilen zieren manche Narben als Erinnerung an die frühere Agitation in den münsterländischen Zentrumsdomänen. Lebrigens sind noch bei den letzten Wahlen Genossen von Zentrumsfanatikern überfallen und geschlagen worden. Je weiter zurück, umso schlimmer war es. Kinder wriren den Geissen und ihren Angehörigen auf der Straße die gemeinsten Schimpfworte nach, die Zentrumsparlei nannte die Sozialdemokraten Verbrecher, Kommunisten, Priestermörder und wer weiß alles was sonst noch. Solche Verhältnisse führten auch zu jenem Drama, dem die folgenden Zeilen gewidmet sind.

Das Zentrumsorgan, das Bocholter Volksblatt brachte kürzlich eine Notiz, in der mitgeteilt wurde, wie „führende Sozialdemokraten“ im Jahre 1891 Zentrumsanhänger überfallen und niedergeschlagen hätten. Das Organ betraufte diese Notiz mit der Berufsentscheidung eines vom Totengraber nach damaliger Sitte ausgestellten Totenzettels folgenden Inhalts:

„Zum christlich frommen Andenken an unsern lieben Sohn Philipp Halbeisen, welcher am 20. September 1891, abends 11 Uhr im jugendlichen Alter von 27 Jahren von einer Bande Sozialdemokraten meuchlings erstochen wurde.“

Außer Halbeisen wurde noch ein anderer erstochen und weitere Verwunden schwer verletzt. Dieser Nachtkampf hat seinerzeit eine große Aufregung hervorgerufen und ist in geradezu ungeheurer Weise gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet worden. Obwohl es sich bei den Tätern nicht um organisierte Sozialdemokraten gehandelt hat. Aber wenn es so gewesen wäre, war es doch unerhört, wie man dieses traurige Vorkommnis gegen die Sozialdemokraten ausbeutete. Das Teup'sche Blatt hat damals alle Register gegen die schwarze Presse — hier allen voran die Gelsenkirchener Zeitung, ziehen müssen, um sich der schwarzen Angriffe zu erwehren und diese zurückzuweisen.

In Buer und Umgegend selbst war es so weit gekommen, daß die Arbeiterbewegung in sich zusammenbrach und keiner, der sich Sozialdemokrat nannte, sich auf der Straße zeigen durfte. Wir jeder ja, wie die schwarze Presse jetzt noch, nach 21 Jahren, aus dem Vorkommnis Kapital gegen die Sozialdemokraten zu schlagen versucht. Man kann sich also vor ellen, wie es nach frischer Tat war. Was die Sozialdemokratie mit der Schlacht zu tun gehabt und wie sich das Nachdrama abgepielt hat, um das zu erforschen hat sich die Redaktion unseres Bochumer Parteiorgens bemüht. Sie hat den Haupttäter, den Bergmann Rich aufgesucht und ihn um Auskunft über den Vorfall gebeten. Rich hat freimütig und schließlich folgende mit den Tatsachen sich deckende Darstellung — die wir dem Bochumer Volksblatt entnehmen — gegeben:

„Für mich — sagte er — kann es, nachdem ich meine Strafe verbüßt habe, gleich sein, wie die Welt über mich urteilt, ich will Ihnen die Vorgänge erzählen, wie sie gewesen sind.“

Rich entstammt danach einer katholischen Familie aus dem Gelsenkirchener Bezirk und kam als Bergmann nach Buer, wo er längere Zeit auf Zeche „Hugo“ Schacht- und Vorrichtungsarbeiten verrichtete. Um Politik habe er sich nie gekümmert, obwohl er dem unter Leitung des damaligen Kaplans Beier in Buer stehenden katholischen Knappenverein angehörte. Die erste Anregung, sich mit Politik zu befassen, bekam er, als ich eine Notte Arbeiterwähler sah, die von einem Zechenbeamten in geschlossenerm Zuge zur Wahlurne geführt wurden. Ich ging über diesen Vorfall empört, das erste Mal zur Wahl und wählte einen oppositionellen Kandidaten.

Nun kam der große Bergarbeiterstreik von 1889. Ich beteiligte mich, wie alle anderen am Streik. Dem neugegründeten Bergarbeiterverband schloß ich mich an wie auch der damaligen Konsumvereinsbewegung gegen die das Bürgertum, das unter Anführung des Kaplans Beier stand, gewaltig opponierte. Da wir mit mehreren Kameraden uns das Bergnügen machten, aus der eben gegründeten ersten Verkaufsstelle Wattenscheid unsere Waren drei Stunden weit per Schieblarre zu holen, so haßte uns das Bürgertum furchtbar.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Übersicht.

Poincaré über die Weltlage.

Uebereinstimmung der Tripelente. — Gegen „überfürzige Maßregeln“ Oesterreichs.

Paris, 13. November.

Auf einem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie hielt der Ministerpräsident Poincaré heute abend eine Rede, in der er zunächst die früheren Bemühungen Frankreichs um die Verhütung des Balkankrieges besprach. Dann fuhr er fort: Die glänzenden Erfolge der Verbündeten und die schweren Opfer, die sie sich auferlegten, gaben ihnen täglich neue Rechte, die ihnen niemand mehr streitig zu machen gedachte. War es nicht richtig, daß Europa keine Ansprüche auf die Früchte ihrer Siege machte, damit im gegebenen Zeitpunkt die Mediation mehr Aussicht hatte, bei ihnen zu gelingen? Das war unser Gedankengang, als wir in vollständiger Uebereinstimmung mit Rußland und England den anderen Mächten einen Vorschlag zur Prüfung unterbreiteten, der wohlverstandenen keineswegs eine Verkennung der Interessen irgend einer Großmacht im Orient in sich schloß. Wir haben selbst erhebliche Interessen im Orient, die wir wahren müssen. Wie hätten wir je zulassen können, daß Europa sich in der Balkanfrage uninteressiert erkläre? Weit entfernt davon, daß die begonnenen Verhandlungen unterbrochen oder verlangsamt würden, werden sie heute mit größerem Vertrauen, und ich darf sagen, mit größerer Genauigkeit fortgesetzt. Der Augenblick, sie bekannt zu geben, wird kommen. Sie werden dann sehen, daß die Regierung immer mit dem Bewußtsein die doppelte Pflicht erfüllt hat, unseren Verbündeten eine wirksame Unterstützung zu verleihen und über die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu wachen. Wenn alle Großmächte bis zur Einstellung der Feindseligkeiten warteten, um zu versuchen, in der Stunde der entscheidenden Regelung ihre verschiedenen Ansichten zur Geltung zu bringen, wenn nicht überfürzige Maßregeln unauf lösbare Meinungsverschiedenheiten schaffen, so ließen die Interessengegenstände sich ohne Zweifel in Abkommen lösen, unter denen der die Balkanländer noch irgend eine der europäischen Großmächte zu leiden haben würden. Wenn aus so viel Willensanstrengungen, die ausschließlich auf die Erhaltung des Friedens verwendet worden sind, der schrecklichste Krieg hervorgehen würde, der über Europa jemals hereingebrochen ist, so wäre das ein Schlag gegen den gesunden Menschenverstand der Welt.

Wahlen und politische Parteien in China.

Die Neugestaltung des Reiches der Mitte fällt in eine undankbare und unausgemessene Zeit. Europa ist von dem Balkankrieg berart in Anspruch genommen, daß es kein sonderlich großes Interesse für das politische Schicksal der chinesischen Republik an den Tag legt. Diese Teilnahmslosigkeit an der Gestaltung des Freistaates, der ein Viertel des ganzen Menschengeschlechts birgt, ist zwar zu begreifen, aber vom politischen Standpunkt sehr zu bedauern. Der Untergang des häßlichsten und ältesten Teils der politischen Welt Asiens wurde von Europa mit geizigem Interesse und gebührender Aufmerksamkeit verfolgt, aber die Umwandlungen Chinas, mögen sie nun von Dauer sein, oder nur den Anfang vom Ende bedeuten, werden von ihm ziemlich gleichgültig und teilnahmslos hingegenommen. In aller Stille sind die Vorbereitungen für die ersten allgemeinen Wahlen vor sich gegangen, und in kurzem wird der ehemalige Despotenstaat sein erstes Parlament beizammen sehen.

Durch die Wahlen, die jetzt beginnen, sind 600 Abgeordnete und 274 Senatoren zu bestimmen. Die letzteren werden von den Provinzparlamenten, die ändern von den Bürgern gewählt, die über 21 Jahre alt sind, mindestens zwei Jahre in einem Wahlkreis anständig sind und entweder 4 Mark direkte Steuern entrichten oder Eigentum im Werte von 1000 Mark besitzen und eine gewisse Bildung nachweisen. Die Wahlen sind indirekt. Die Provinzen sind in Wahlkreise und diese in Urwahlbezirke eingeteilt. Die Urwahlbezirke wählen fünfzigmal mehr Wahlmänner, als Abgeordnete zu wählen sind. Wer mindestens ein Drittel der Urwahlstimmen auf sich vereinigt, ist zum Wahlmann bestimmt. Die Abstimmung wird solange fortgesetzt, bis die bestimmte Zahl Wahlmänner mit dem Drittel der Stimmen erreicht ist. Für jeden Wahlmann wird gleich ein Ersatzmann nach relativer Mehrheit bestimmt. Die Abstimmungen der Wahlmänner finden am Wohnort des Wahlkreis-kommissars statt. Jedes Wahlmännerkollegium hat so viel Abgeordnete zu erwählen, als der Kreis kraft der Abstimmung bekommt. Um als Abgeordneter gewählt zu werden, ist mindestens die Hälfte der Stimmenzahl notwendig, die sich zur Teilung der Mandatszahl des Kreises in die Summe der Wahlmännerstimmen ergibt. Der Wahlgang wird so oft wiederholt, bis alle Mandate vergeben sind. Für jeden Abgeordneten wird auch ein Ersatzmann mit einfacher Mehrheit erwählt. In der Mongolei, in Tibet und in Turkestan werden die Abgeordneten direkt und mit einfacher Majorität erwählt.

Drei Parteien werden um die Mandate ringen. Im Vordergrund des politischen Lebens der jungen Republik steht die radikal-sozialistische Partei. Es wird gut sein, dem Adjektiv „radikal-sozialistisch“ im besten Falle nur die französische, aber nicht die deutsche Bedeutung beizulegen. Ihre Programmforderungen verorten eher die Gesinnung des mächtigen Reformers. In der Hauptsache verlangt sie: Politische Vereinheitlichung Chinas, Entwicklung des Handels und der Industrie im sozialen Sinn, und die Erhaltung des internationalen Friedens.

Im Interesse der Erreichung der politischen Vereinheitlichung Chinas hat die radikal-sozialistische Partei, die nicht will, daß fremde Mächte vor ihnen parteipolitischen Spaltungen profitieren, sich mit der aus Liberalen gebildeten Mittelpartei verschmolzen. Das so entstandene Gebilde trägt den Namen „Nationale Partei“. Diese wird voraussichtlich die Mehrheit im neuen Parlament stellen. Sie verfolgt die Organisation des Handels und der Industrie in einer der Gesellschaft und nicht den Privatinteressen vor-

teilkosten Bestre, die sich, daß die ungeheuren Naturschätze des Landes von Staats wegen mit Hilfe ausländischen Kapitals und fremder Fachleute ausgebeutet werden. Das Haupt der Nationalen Partei, Sunyatsen, erteilt jetzt im Auftrage des Präsidiums Quanschiang die Pläne für ein das ganze Reich umfassendes Eisenbahnen.

Die zweite, oder eigentlich die dritte Partei ist die „Vereinigung der Republikaner“. Es sind dies zum Teil ehemalige Beamte der verjagten Mandschudynastie. Während sich die „Nationale Partei“ in der Hauptsache auf die energische, politisch lebhafteste Bevölkerung der relativ wohlhabenden Provinzen ganz besonders des Südens stützt, findet diese Partei, die konservative Partei oder Nordpartei, ihren Anhang vor allem in den etwas schwerfälligen und verarmten Einwohnerschaft einiger östlicher Provinzen, vor allem in Ostchina. Seit der Verfassung der beiden fortschrittlichen Richtungen hat die Nordpartei an Bedeutung eingebüßt. Sie wird im kommenden Parlament die Minorität darstellen, wenn auch ihr politischer Einfluß größer sein wird, als ihre zahlenmäßige Stärke rechtfertigt. Dies, weil sie in ihren Reihen viele intelligente Politiker und Verwaltungsbeamte mit langer Erfahrung und Routine hat. Sie rekrutiert sich aus einer Oberschicht von Gebildeten alten Schlages und Besitzenden der nördlichen Gebiete, die „Nationale Partei“ wird getragen von der breiten Volksmasse und geführt von der im Auslande geschulten Intelligenz.

Wenn die Wahlen vorüber sind, wird sicher auch ein neues Kabinett gebildet. Das gegenwärtige ist politisch farblos mit einem konservativen Einschlag, es stützt sich auf keine Partei und wird der Forderung nach einer Parteiregierung weichen müssen. Wahrscheinlich werden einige der jetzigen Minister mit in die neue Regierung übergeben, aber sie wird in der Mehrzahl aus fortschrittlichen Elementen zusammengesetzt sein. Daß hieraus der jungen Republik Gefahren entstehen können trifft mehr für die äußere als für die innere Politik zu. Man fürchtet, daß China von den fremden Mächten isoliert zu werden, und das Vorhaben Australiens, das die ganze Mongolei in seinem Togen verhielt hat — ein Gebiet, fünfmal so groß wie Deutschland —, ist ja in dieser Hinsicht sehr besorgniserregend. Man befürchtet, daß Japan sich über die Mandchurie und Ungarn über Tibet hermachen werde, womit die Aufteilung Chinas in die Wege geleitet wäre. Ob die anderen Mächte lange schweigen werden, ist höchst zweifelhaft.

Die europäischen Staaten zögern, die chinesische Republik anzuerkennen. China erträgt die lächerliche Zurückhaltung der fremden Diplomatie mit ständiger Erbitterung. Hebriger wird nächstens die französische Regierung über die Gründe der Nichtanerkennung der chinesischen Republik interpelliert und aufgefordert werden, sie zu beschleunigen. Die Stellung einer derartigen Forderung im deutschen Reichstag würde auch nicht ganz unangemessen sein.

Deutschland.

Gegen Teuerung und Kriegsgefahr.

Sogleich beim Zusammentritt des Reichstags wird die sozialdemokratische Fraktion zwei Interpellationen einbringen.

Die erste fragt den Reichskanzler, ob er bereit ist, Maßnahmen gegen die Teuerung vorzuschlagen und zwar: 1. durch Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere der Zölle auf Fleisch und Fisch; 2. durch die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Reis und Weizen unter Aufrechterhaltung der unerlässlichen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung der Seuche; ferner durch Aufhebung der Bestimmungen, welche die Einfuhr von Weizen und anderen Getreidearten fast unmöglich machen; 3. durch Aufhebung der Futtermittelzölle; 4. durch Beilegung der Einfuhrzölle.

Die zweite Interpellation lautet: „In der Herr Reichskanzler bereit, über die Stellung der Verbündeten Regierungen zu den kühnenden internationalen Fragen Auskunft zu geben?“

Agrarische Hilfe in der Fleischnot.

Die Agrarier haben sich besonders erboten, den Städten auf Grund langfristiger Lieferungsverträge Fleisch zu liefern. Es wurden ihnen bereits aus solchen Verträgen von 100 Mark pro Zentner Leberwurst für Schweine genannt. 1900 lieferte mehr als Berlin im Durchschnitt der letzten zehn Jahre Fleisch.

Jetzt wird gemeldet, daß die Fleischverwertungsgesellschaft Braunschweig am 1. Januar 1913 ihren Jahresbericht von 2000 Schweinen der rheinischen Städte ab 1. Januar 1913 zum Preise von 10 Mark für den Zentner Leberwurst mit Vorbehalt zu stellen. Es kam sich auf den ersten Blick ziemlich gering an, es ist aber nicht. Die Preise in Berlin haben im allgemeinen gewachsen und den Betrag der Preis für Schweinefleisch in den ersten Jahren 1900—1911 in Höhe von 1000 Mark, der entspricht einem Preis für Leberwurst von 32 Mark. Im Dezember 1910 betrug der Preis für Leberwurst in Höhe von 1000 Mark, 1911 1100 Mark und in den ersten drei Monaten des Jahres 1912 1200 Mark. Der Durchschnittspreis der letzten 10 Jahre betrug 1000 Mark.

Es ist zu erwarten, daß die Agrarier sich für die Fleischverwertungsgesellschaft Braunschweig einsetzen werden. Eine solche Hilfe werden die Städte sich gerne leisten müssen, wie sie von der Regierung zu erwarten ist.

Agrarischer Fehler!

Unter der Leitung des Reichskanzlers hat die Agrarier eine Kommission zur Untersuchung der Lage der Landwirtschaft gebildet.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

Die Kommission hat sich am 1. Januar 1913 in Berlin konstituiert. Sie wird die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Provinzen untersuchen und einen Bericht an den Reichskanzler erstatten.

eingehalten. Trotzdem sind die Lehrer die besten Stützen des Liberalismus im Lande, der sich zu einer auch nur bescheidenen Schulreform mit Rücksicht auf den Landesherren, den Besitzer des Domains, das dem allerdings finanziell härter herangezogen werden müßte, nicht aufschwingen konnte. Die mangelhafte Veränderung des Einkommensteuergesetzes wurde durch eine Sonderbesteuerung der Konsumsteuer getönt. Eine famose Vermögenssteuer läßt für Wohnungsverhältnisse und Schmuckgegenstände die Summe bis zu 15 000 Mark steuerfrei. Anstelle der zehnprozentigen Abgabe wurde durch Gesetz ein bestimmter Beitrag des Domainens zum Landesfiskus festgesetzt, der Hauptanteil der Domainaleinkünfte aber verbleibt nach wie vor dem Fürsten. Eine dauernde finanzielle Geländung der Landesfinanzen fürchte erreicht werden durch eine vernünftige Vermögenssteuer und höhere Besteuerung der großen Einkommen und dadurch, daß der Domainalbesitz — der ein Fünftel der gesamten Landesfläche einnimmt — dem Lande wieder zurückgegeben wird. Das sind eine Reihe von Fragen, die unseren Genossen Agitationsstoff für die Wahl bieten.

Gegen die Volksfürsorge.

Der Beschluß der deutschen Gewerkschaften und der Genossenschaften, eine Volksversicherung ins Leben zu rufen, hat den Duldendenschülern, die dieses Gebiet beackert haben, einen panischen Schrecken eingejagt. Lada, die in den Diensten der privaten Versicherungsanstalten lebenden Fachblätter seit Monaten gegen die „Volksfürsorge“, deren Konfessionierung sonderbarerweise noch immer nicht erfolgt ist, gehetzt haben, kommt jetzt die Meldung, daß am Dienstag, 12. November, in Berlin die Gründung einer großen gemeinnützigen nationalen Volksversicherungsanstalt beschlossen wurde. 26 große deutsche Lebensversicherungsgesellschaften haben sich grundsätzlich bereit erklärt, sich an der Gründung zu beteiligen. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft ist auf 2 Millionen Mark festgesetzt, wovon 25 Prozent bar eingezahlt werden. Der Organisationsfonds wurde mit einer Million dotiert. Man erwartet, daß die Regierung dem neuen Unternehmen das weitgehendste Interesse entgegenbringt. Die neue Gesellschaft will bereits in der nächsten Zeit mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Während der Gründung sind die Versicherungsgesellschaften nurmehr den Herrn Erzberger, Schäffer und Eichhoff zuvorgekommen und es fragt sich, ob die genannten Herren weiterhin versuchen werden, ihrem Plan greifbare Gestalt zu geben. An der Seite der drei Reaktionsäre steht der ostpreussische Geheimrat Kapp, der bereits in Dresden einen mündenden Ausschuss gegen die Volksfürsorge unternehmen hatte und der Regierung die Zustimmung stellte, die Erteilung der Konzession zu verweigern. Heber die Tätigkeit des Geheimrats Kapp wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben:

Es wird jetzt von den verschiedensten Kreisen in Preußen, die schon in einer Reihe preussischer Provinzen in der großen Lebensversicherung öffentlich rechtliche Betriebe einrichteten, versucht, auch die Kaiserliche Regierung ebenso umzuformen. Die „Verteidigung nationaler Interessen“ gegen die Sozialdemokratie ist nur das Maskenbild, das der Hauptagitator der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung, der Generaldirektor Kapp, seiner Gründung umhängt. Der Zweck, der von ihm durch die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung verfolgt wird, ist genau derselbe, den er durch die Schaffung öffentlich-rechtlicher Anstalten in der großen Lebensversicherung zu erreichen sucht, nämlich: die Sammlung möglichst großer finanzieller Mittel in den Händen ländlicher Großgrundbesitzer, um hierdurch einen verstärkten wirtschaftlichen Einfluß ausüben zu können. Daß es sich auch bei der Kapp'schen Lebensversicherung um ein Unternehmen einseitig agrarischer Tendenz handelt, ist bereits von den industriellen und kommerziellen Interessengruppen erkannt worden. Diese dürften sich daher an der Vertreibung der Sozialdemokratie beteiligen. Ebenso ist aber auch schon eine große Gruppe der Arbeiterorganisationen von dem Gedanken abgekommen, sich der Kapp'schen öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung als Gegenmittel gegen die „Volksfürsorge“ zu bedienen, in der Erwartung, daß damit nur agrarische Interessen gefördert werden.

In der „National-Zeitung“ ist bereits vor einigen Tagen betont worden, daß man in den Kreisen der nationalen Arbeiter von dem Plan der Schäffer und Erzberger keineswegs erbaut ist. Und wenn man das unterschätzen will, so ist es, den Herren die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, denn wird der Liebe Mühe vergeblich gewesen sein.

Schwere Zustände im Reich.

In Nummer 46 des Neuen Jahrbuchers erzählt Dr. Rühl über die schmerzliche Erfahrung von der Korruption im Reich. In Kardinal-Berlin, der Verwaltung der Diözesen, ist es nicht anders als in den Kreisen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption. Die Diözesen sind in der Tat die Hauptstützen der Korruption.

autokratischen Regierung überwaht die gefährlichen Anarchisten und Jugendstandbaten nicht mit einer solchen Angst, wie das Bistum in Rom, unter der Leitung Monsignore Faberis, die Diener des Herrn.

Es scheint wirklich eine wunderbar heilige Atmosphäre zu sein, in der der heilige Vater lebt!

Die Entwicklung des Schulwesens in Sachsen.

Die Unterrichts- und Erziehungsanstalten im Königreich Sachsen haben in dem letzten Vierteljahrhundert einen enormen Aufschwung genommen, insbesondere aber die öffentlichen Volksschulen. Im Jahre 1884 besaß Sachsen insgesamt 2154 Volksschulen mit 11 366 Klassen, die von 536 115, dar in 525 041 evangelischen Schülern besucht wurden. Schon fünf Jahre später, 1889, hatte sich die Zahl der Schulen auf 2205 und 1904 auf 2319 mit 18079 Klassen und 748 930 Schülern erhöht und gegenwärtig besitzt Sachsen nicht weniger als 2359 Schulen mit 20 901 Klassen, die von 810 567, davon 778 138 evangelischen Schülern, frequentiert werden. Mit der Zunahme der Schülerzahl mußte natürlich auch der Lehrerstand gleichen Schritt halten.

Nach die Lehrstellen haben eine wesentliche Zunahme erfahren. 1884 waren an den damals vorhandenen 2154 öffentlichen Volksschulen 6827 Lehrer, 1889 an 2205 Volksschulen 7899, 1904 an 2319 Schulen 11 896 Lehrer und 1911 an 2359 Volksschulen 14 025 Lehrer beschäftigt. Die Schulverhältnisse haben sich infolgedessen ganz bedeutend gebessert, als vor 25 Jahren auf je einen Lehrer 78,53 Schüler entfielen. 1904 kamen auf einen Lehrer nur noch 63 und 1911 gar nur rund 57 Schüler. — An öffentlichen Bildungsanstalten besitzt Sachsen gegenwärtig 19 Gymnasien, (1884: 16) mit 6262 Schülern und 456 Lehrern, 18 Realschulen (1884: 11) mit 7528 Schülern und 441 Lehrern, 5 Oberrealschulen mit 2115 Schülern und 117 Lehrern, 29 Realschulen (1884: 20) mit 8211 Schülern und 452 Lehrern, 5 höhere Mädchenschulen (1884: 2) mit 2790 Schülerinnen und 136 Lehrern und 26 Seminare (1884: 19) mit 4447 Schülern und 480 Lehrern. Nur die Privatanstalten mit höheren Unterrichtszwecken sind gegen die öffentlichen Bildungsanstalten in ihrer Entwicklung zurückgeblieben. Im Jahre 1884 wurden in Sachsen 8, 1911 nur noch 6 Privatanstalten mit höheren Unterrichtszwecken unterhalten. Diese sechs Anstalten werden gegenwärtig von 1574 Schülern besucht, die von 80 Lehrern unterrichtet werden. Auch in den höheren öffentlichen Bildungsanstalten Sachsens sind die Verhältnisse zwischen Lehrern und Schülern außerordentlich günstige. Im Jahre 1911 entfielen auf je einen Lehrer in den Gymnasien 13,73, in den Realschulen 17,07, in den Oberrealschulen 18,08, in den Realschulen 18,17, in den höheren Mädchenschulen 20,50 und in den Seminaren nur 9,26 Schüler.

Kleine politische Nachrichten.

Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht, das Reichstheatergesetz noch in dieser Session dem Reichstage zugehen zu lassen, obwohl die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

In der Steuerkommission des preussischen Reichstages wurde ein fortschrittlicher Antrag, das Steuermaximum auf 1050 Mark festzusetzen gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten, von den Konservativen und dem Zentrum abgelehnt.

In der Bremischen Bürgerschaft wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung einer Arbeiterkammer abgelehnt.

Österreich-Ungarn.

Ein Angebot für Serbien.

Budapest. Im bosnischen Ausschuss der österreichischen Delegation besprach der Minister im Einzelnen das Eisenbahnprogramm und behandelte besonders die Linie Bugajno-Arjanc, die im ersten Jahre des Bauprogramms gebaut werden soll. Diese Linie sei bestimmt, ohne Rücksicht darauf, wie sich die politischen Verhältnisse einmal gestalten würden, für den Durchgangsverkehr aus Serbien eine Verbindung mit den österreichischen Häfen zu schaffen. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß Serbien, wenn es einmal zu geregelten Verhältnissen gekommen, ohne Rücksicht auf politische Bestrebungen die 40 Kilometer lange Strecke von Uzice bis Vardishe bauen werde, wodurch der Zutritt zu den österreichischen Häfen Metkowitz oder Spalato gesichert würde. Der Minister glaubt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie verpflichtet sei, diesen Durchgangsverkehr ohne Rücksicht auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse zu fördern. Die Ausführung des Eisenbahnprogramms soll 270 Millionen Kronen erfordern, wovon 180 Millionen auf die Monarchie, 90 Millionen auf Bosnien entfallen.

Frankreich.

Die Verhältnismwahl im Senat.

Paris. Der Senat hat die Kommission zur Beratung des von der Kammer angenommenen Gesetzesentwurfs einer Wahlreform ernannt. In die Kommission wurden fünfzehn Gegner und drei Anhänger der Verhältnismwahl gewählt. Unter den ersteren befinden sich aber verschiedene, die einem Kompromiß nicht abgeneigt wären. Die Abstimmung in den Senatsabteilungen ergab 140 Stimmen gegen und 100 Stimmen für den Entwurf der Kammer. Zum Präsidenten der Kommission wurde Clemenceau gewählt. — Zufallend bei der Wahl der Kommission war besonders der geringe Stimmenunterschied zwischen den gewählten und nichtgewählten Kandidaten. In einigen Abteilungen hätte die Verschiebung von ein oder zwei Stimmen hingereicht, um das Ergebnis zu ändern. In bestimmten Abteilungen mußte sogar zu einer erneuten Abstimmung geschritten werden. Bemerkenswert ist auch, daß die meisten der aufgestellten Kandidaten persönliche Erklärungen abgegeben. Schließlich erscheint die Mehrheit, die sich gegen den Entwurf der Kammer gefunden hat, weniger stark, als erwartet worden ist, und es wird ohne Frage der Regierung ein leichtes sein, 50 Stimmen für sich zu gewinnen.

Spanien.

Der neue Ministerpräsident.

Der Präsident der Deputiertenkammer, Graf Romanones, ist vom König mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden.

Großbritannien.

Harmonie in Unterhaufe.

London. Bei Eröffnung der Sitzung des Unterhauses herrschte im nichtberathenen Hause große Aufregung, doch wurden die gewöhnlichen Geschäfte ohne Zwischenfall abgewickelt. Nach Erledigung der Anfragen erschiedigte sich der Unionist Ronald McKenna, der kürzlich mit einem Buch nach Churchill geworfen hatte, in rückhaltloser Weise bei Churchill, der sich hieron zufrieden gestellt erklärte. Bevor er zur Debatte über den Antrag der Regierung kam, die Annahme des Amendements Borters für ungültig zu erklären, ergriff der Sprecher das Wort. Er sagte, daß das Haus keine Wiederholung der gestrigen Szenen wünschenswert könne. Er schloß vor, daß man sich mehr Zeit zur Überlegung lassen solle, da seiner Ansicht nach etwas mehr Überlegung eine Lösung der Schwierigkeiten herbeiführen könne, die für beide Seiten d.s. Hauses annehmbar wäre.

Premierminister Asquith erklärte, er sei sicher, daß es das Bestreben jedes Mitgliedes sei, daß kein Bruch in der Kontinuität der Traditionen stattfinden solle, denen das Haus seine große Autorität unter den Volksvertretungen verdanke. Er begrüßte im Namen der Regierung den Vorschlag des Sprechers und beantragte die Vertagung auf Montag. Bonar Law sprach seine vollkommene Übereinstimmung mit den Bemerkungen des Premierministers aus und sagte, die Haltung des Reichers habe das Ansehen, das er bei dem Hause genießt, noch erhöht. Das Haus vertagte sich sodann auf Montag.

Danzig.

Gewerbebegehrtswahl.

Ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften ist das Resultat. Besonders bemerkenswert ist der Rückgang der christlichen Stimmen um 157, von 1333 (1909) auf 1176. Die Hirsche entwickelten sich nach rückwärts von 536 (1909) auf 168, sie verloren 368 Stimmen. Der Zusammenbruch ist bei den Christlichen aber nicht geringer wie bei den Hirschen. Denn hier ist zu berücksichtigen, daß das Bau-gewerbe mitwählte und ihnen einige hundert Stimmen mehr brachte. Der vollständige Zusammenbruch der Hirsche und Christen ist das Ergebnis des Tages. Das Sieges-geschrei vor der Wahl hat den Christen nichts genützt. Eine Niederlage, wie sie nicht zerschmetternder sein kann, ist die Antwort auf die gemeine und niedrige Kampfesweise der Gegner.

Andererseits wollen auch wir uns nicht verhehlen, daß das Resultat für die freien Gewerkschaften noch günstiger hätte sein können. Von 4630 Mitgliedern, für die die freien Gewerkschaften Karten ausgestellt haben, haben nur 3286 ihr Wahlrecht ausgeübt. Das ist kein zufriedenstellendes Resultat. Von organisierten Arbeitern kann man verlangen, daß sie restlos ihr Wahlrecht ausüben; feige, ernste Arbeit wird vollenden müssen, was dieses Wahlergebnis begonnen hat. Auch die säumigen Wähler müssen festgestellt und unnachlässig zur Rechenschaft gezogen werden.

Hier das Wahlergebnis - es erhielten Stimmen:

	1912				1909			
	Freie Gewerkschaft	Christl. Gewerksch.	H.-D. Gewerkschaft	Ungültig	Freie Gewerkschaft	Christl. Gewerksch.	H.-D. Gewerkschaft	Ungültig
1. Bezirk	378	71	26	—	475	249	105	130
2. "	507	111	20	—	638	193	133	83
3. "	399	133	33	—	570	332	190	97
4. "	751	238	61	—	1051	335	267	137
5. "	216	373	6	—	595	69	368	32
6. "	536	175	9	—	721	137	157	32
7. "	499	75	8	—	584	131	113	25
	3286	1176	168	—	54635	1446	1333	536
								3315

Von den 30 Beisitzerstellen entfallen auf die freien Gewerkschaften 21, auf die Hirsche 1 und auf die Christlichen eigentlich nur 7. Da sie aber die größte Reststimmenzahl über den Durchschnitt haben, so erhalten sie auch noch den 8. Beisitzer.

Dieser Wahlkampf, der kurz und heftig war, hat uns bewiesen, zu welchen gemeinen Mitteln unsere schwarzen Jesuiten greifen, um den Erfolg an ihre Fahnen zu heften. Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip! Diesen nicht christlichen Grundfahne hat das christliche Wahlkomitee auch vollinhaltlich betätigt. Im ersten Flugblatt spielten sie nach echt jesuitischer Methode, die heuchlerische Anstandsfrage, um nachher in den beiden letzten Flugblättern all den Unrat, den die schwarzen Hezenmeister zusammengebräut haben, hübelweise auszuleeren. Den Genossen Unterhalt haben sie der Unredlichkeit bezichtigt und dabei wußten diese Herren, daß er in jeder Hinsicht turmhoch über den ganzen christlichen Sudelmeiern steht. Wollten wir ähnlich verfahren, dann hätten wir gegen den Kandidaten der Christlichen, Dulski, noch etwas ganz anderes sagen können, als es tatsächlich geschehen ist. Dem Genossen Gehl, der stets Sozialist war und nur in gewerkschaftlichen Dingen eine andere Auffassung hatte, wirft diese christliche Clique Besinnungs-wegsel vor. Ist das nicht der Gipfel jesuitischer Verdrehungskunst? Es gehört wahrhaftig die Besinnungslumperei eines jesuitischen Demagogen dazu, derartiges wider besseres Wissen gegen die freien Gewerkschaften ins Feld zu führen. Wenn in dem Flugblatt auch noch der Halbbruder der christlichen Gewerkschaftsführer Lebus als früherer Sozialdemokrat ins Feld geführt wird, so ist dies nur ein Beweis für die Reinlichkeit der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, die rücksichtslos jeden beseitigen, der nicht rein vom Scheitel bis zur Sohle ist. Bei unseren Schwarzen kann so etwas nicht vorkommen, sondern da werden die Besinnungslumpen nicht entfernt, wenn sie nur tüchtig auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften schimpfen können.

Eins steht fest! an Verleumdungen und Verdrehungen kann es unseren Schwarzen keiner gleich tun.

Sie verleumdete den österreichischen Abgeordneten Silberer, der auf einer Bergtour tödlich verunglückte, indem sie behaupteten, er sei mit ihm anvertrauten Geldern nach Amerika ausgerückt.

Nachdem dieses fromme Gesindel Oesterreichs Monate hindurch in der schamlosesten Weise gehetzt hatte, mußte der verantwortliche Redakteur der Wiener „Neuen Freien Worte“, Schöpsel, wegen Verleumdung Silberers in seinem Blatte vom 1. Februar 1912 vor Gericht gezogen, folgende Abbitte leisten:

„Ich habe in Nr. 45 der periodischen Druckschrift „Neue Freie Worte“ vom 1. Februar den verschollenen Reichsrats-abgeordneten Franz Silberer auf das schwerste in seiner Ehre verlegt. Da ich die von mir in leichtfertiger Weise vorgebrachte Anschuldigung nicht aufrechterhalten, geschweige denn beweisen kann, bedauere ich sehr, daß ich die Herrn Abgeordneten Silberer auf das schwerste belidigende Notiz verbreitet habe, und bitte deshalb um Entschuldigung.“

Auch verpflichte ich mich, die durch den Prozeß entstandenen Kosten zu bezahlen.

Ich erkläre, daß ich diese Erklärung in der nächsten Nummer der „Neuen Freien Worte“ veröffentlichen und auch fernerhin keinerlei sie einschränkende Notiz veröffentlichen werde.“

Vor der Knappschafftswahl im Jahre 1910 brachte das christliche Bergarbeiterorgan einen Brief, von dem dieses Organ für Wahrheit und Recht behauptete, daß er von einem Angestellten des freien Bergarbeiter-Bandes geschrieben sei. Der Brief enthielt die Mitteilung, daß die freien Bergarbeiter den Rationalisten zum Siege verholfen und daß Handlungen verübt seien, die das Recht der Öffentlichkeit verletzen.

Mit diesem Briefe gingen dann die Schwarzen bis zum Jahre 1912 haustieren, bis ihnen das verleumderische Handwerk durch einen Beleidigungsprozeß gelegt wurde. Allerdings wurde auch hier der Täter nicht bestimmt ermittelt, aber der christliche Gewerkschaftsführer Bogelwang wurde wegen Verdachts der Täterschaft nicht verurteilt.

Das war eine schallende Ohrfeige für die Machinationen christlicher Gewerkschaftsführer. Etwas derart gemeines und niederträchtiges können auch nur die Zöglinge aus München-Bladbach fertigbringen, die wie die Polizeihunde auf die sozialistischen Arbeiter dressiert werden.

Zentrumschriften-Herrschaft im Gewerbegericht in Staat und Gemeinde ist Korruption, Bettlernwirtschaft und Unterdrückung der Armen; oder um mit dem ultramontanen „Trierischen Landeszeitung“ vom 16. November 1906 zu reden:

„Erbärmliche Familienpolitik, kleinliche Interessenpolitik, die nur sich, ihre Ehre, ihren Ruhm, ihre Familien, ihre Interessen im Auge hat, die keine Ahnung zu haben scheint von wirklichem Gemeinwohl, die in einer Gemeinde herumwirtschaftet in einer Weise, die geradezu haarsträubend ist.“

Wie tief unsere Christen tatsächlich gesunken sind, beweist uns vor allem auch die Klassenjustiz im Ruhrgebiet. Auf Veranlassung christlicher Führer wurden Anzeigen über Anzeigen gegen freiorganisierte Arbeiter und ihre Angehörige erstattet. Eine gewaltige Summe Geld und Gefängnisstrafe war die Folge. Mütter mit ihren Kindern mußten ins Gefängnis. Diese Brüder in Christo mahnen sich nun an, andere Leute persönlich zu beschimpfen und mit Schmutz zu bewerfen. Man könnte wahrlich ausrufen: Der Schuster hat die schlechtesten Stiefel und unsere Zentrumschriften die schlechteste Religion! Liebe deinen Nächsten als dich selbst, werden sie am nächsten Sonntag heuchelnd in der Kirche beten!

Diese Gesellschaft macht sich an, mit den freien Gewerkschaften zu konkurrieren und will die Interessen der Arbeiter vertreten. Ist denn nicht das ganze Gebaren dieser Gesellschaft Arbeiterverrat? Den Arbeitern sagen sie: Wir wollen eure Lebenshaltung verbessern und in den Parlamenten stimmt diese schwarze Gesellschaft für die Entrechtung und Unterdrückung und die wirtschaftliche Belastung der Arbeiter. Sogar die Erleichterung im Bezug auf die Fleischsteuerung geht diesen Leuten gegen den Strich.

Nach dem Berichte der „Königlichen Volkszeitung“, vom 16. Oktober 1912, über den in Godesberg abgehaltenen Zentrum parteitag für den Regierungsbezirk Köln hat dort der Reichstagsabgeordnete Schiffer eine Rede zur politischen Lage gehalten, worin er in Bezug auf die Fleischsteuerung und die Schutzollfrage gesagt hat:

„Es wäre ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft, durch eine empfindliche Herabsetzung der Zölle oder gar durch den Freihandel den deutschen Markt dem Auslande auszuliefern... Am Prinzip des Zollschutzes müssen wir festhalten.“

Herr Schiffer ist der Vorsitzende des christlichen Textil-arbeiter-Verbandes.

Auf sich allein angewiesen wäre diese Gesellschaft schon längst elend zu Grunde gegangen. Nur weil sie von den Unternehmern gehäufelt und mit Geldmitteln unterstützt, von den Behörden gefördert, Kanzel und Beichtstuhl sich in ihren Dienst stellen, gelangt es ihnen, ihre Schafe zusammenzuhalten. Sogar die Polizei steht im Dienst der christlichen Gewerkschaften.

Auf dem in Frankfurt a. M. abgehaltenen ersten katholischen Arbeiterkongress Pfingsten 1912 führte der Arbeitersekretär Königbauer-München aus:

„In München werden die Namen aller Zugereisten den christlichen Gewerkschaften von der Polizei täglich mitgeteilt, so daß die Vorstände gleich eine Hausagitation veranlassen können.“

Nach dieser Behauptung Königbauers leistet also die Münchener Polizei Handlangerdienste für die christlichen Gewerkschaften.

Solche Protektionen haben die freien Gewerkschaften nun nicht. Sie würden sich auch schon bedanken, solche Verbindungen zu haben. Was sie heute sind, das haben sie gegen eine Welt von Feinden durchgesetzt, durch eisernen Fleiß der tätigen Mitglieder und mit in erster Linie ihrer Führer. So mancher hat dieser christlichen Gesellschaft zum Trost gehungert und gedurft und nicht nur allein, sondern mit Frau und Kindern. Sie haben der Welt bewiesen, was eiserner Fleiß und eiserner Wille vermag. Narren können diese Leistungen bekritteln, aber keine ernsten Männer. Sogar der Feldmarschall v. Moltke sagte einst zum Abgeordneten Bloss:

„Dem Organisationstalent der Sozialdemokratie verjage ich nicht den Ehrensalm.“

Daß man auch im schwarzen Christenlager anderer Meinung sein kann, beweist das Organ der katholischen Facharbeiter „Der Arbeiter“; er schrieb am 10. Juli 1910:

Den sozialdemokratischen Kollegen kommt es im Grunde genommen nicht so sehr darauf an, ob einer am Sonntag die Kirche besucht oder nicht, als vielmehr darauf, daß er im praktischen Leben das macht, was sie wollen, d. h. er muß in ihrem Sinne beruflich organisiert sein. Wer hierin ihren Willen tut, der kann sich ruhig leisten, am Sonntag auch noch die Kirche zu besuchen oder gar einem katholischen Verein anzugehören.

Auch der große Sozialpolitiker des Zentrums, Sige, lagte in seinem 1877 erschienenen Buch: „Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung“:

Der Sozialismus repräsentiert ein System, so konsequent und großartig, daß wir es wohl begreifen, wenn große Denker und die Männer sich für ihn begeistern, und es ziemt einem ersten Mann recht wenig, ohne weiteres über ihn den Stab zu brechen. Ihn aber lächerlich finden, das kann nur die Blindheit und Verlogenheit eines liberalen (zentrumschriftlichen, D. V.) Bourgeois fertig bringen.

So äußerten sich die Vorfahren unserer heutigen Jesuiten zu einer Zeit, als es noch nicht sozial gekaufte Subjekte gab, als noch der Reichsverband keine Schuldenmacher nicht in der Welt umherjandte.

Wie wir soeben durch einen unserer Vertrauensleute erfahren, hatten unsere schwarzen Strategen von Pfefferstadt Nr. 1 ein Extrablatt über das Wahlergebnis in Vorbereitung, um den christlichen Sieg in alle Welt hinauszuposaunen. Anscheinend hat der böse Beelzebub sie kampfunfähig gemacht, denn das Extrablatt ist noch nicht fertig.

Diese Wahl ist zu Ende, geloben wir, den Herrschaften das nächste Mal noch besser aufzupspielen.

Die städtischen Arbeiter

beschäftigten sich am Montag in einer Versammlung mit der Verzögerung der Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der Referent wies darauf hin, wie schädlich sich der gelbe Magistratsverein für die städtischen Arbeiter erwiesen habe. Nur dadurch, weil ein Teil der Arbeiter dem vom Bergesekten geleiteten gelben Vereine Gefolgschaft leistete, sei die überaus langsame Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschuldet. Der stete Fortschritt der starken wirklichen Organisation der städtischen Arbeiter, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, habe die Gelben immermehr ins Hintertreffen gebracht. Als die neuen Forderungen an die Stadtverwaltung gerichtet wurden, durch die hauptsächlich Lohnregulierung und Arbeiterausschüsse verlangt wurden, schied der gelbe Klub des Wasserwerks-Betriebsinspektors Jenke. Ebenso schweigend blieben die wenigen Hirsche und Zentrumschriften, als es im Ernst für die städtischen Arbeiter zu wirken galt.

Die unermüdlige Wirksamkeit des freien Verbandes habe dahin geführt, daß den Arbeitern der Stadt nun eine immerhin wertvolle Verbesserung ihrer Lage nahe bevorstehe. Wenn leider auch noch nicht die Aufbesserung der Löhne in dem notwendigen Maße erfolgen solle, so sei doch zu erwarten, daß durch die vorgehenden Lohnerhöhungen wenigstens der starke Teuerungsdruck ausgeglichen werde. Ferner soll eine neue Arbeitsordnung für die städtischen Betriebe erlassen werden. Endlich sollen die städtischen Arbeiter auch Arbeiterausschüsse erhalten. So wenig diese Errungenschaften etwa überwältigende Erfolge sind, so sind sie doch einzig und allein der zähen und ehrlichen Arbeit des freien Verbandes zu danken. Diese Erkenntnis ist unter den städtischen Arbeitern allgemein zum Durchbruch gekommen. Sie haben erkannt, daß ihre Interessen nicht durch die gelbe Luckmäuferei, sondern nur aufrecht und zielbewußt gefördert werden können. Sie wissen jetzt, daß ihr Vorteil nicht von den Gelben, sondern im Kampf gegen diese Feinde der ehrlichen Arbeiter erreicht wurde.

Auf den Rat des Referenten wurde vorläufig von der Stellungnahme zu den Maßnahmen des Magistrats abgesehen, da sie noch nicht genügend in ihren Einzelheiten bekannt seien. Die Zulagen und die neue Arbeitsordnung würden erst im Laufe der Woche bekanntgegeben, ebenso die Bestimmungen über die neuen Arbeiterausschüsse. Es könnten aber nicht rechtzeitig genug die Vorbereitungen zu den Ausschuswahlungen begonnen werden. Es gelte, Männer zu wählen, die sachlich und entschieden die Interessen der städtischen Arbeiter vertreten. Das könnten nur organisierte Arbeiter tun. Darum gelte es auch, die Organisation immer mehr in unermüdliger Agitationsarbeit zu stärken.

In der Diskussion wurde der Ansicht des Referenten zugestimmt. Allgemein wurde die Bemerkung über die Arbeit des freien Verbandes, der die erreichten Erfolge mit Recht zugeschrieben wurden, zum Ausdruck gebracht. Die gutbesuchte Versammlung nahm einen erfolgreichen Verlauf.

Sich elegant und doch nicht zu teuer kleiden, ist die größte Wichtigkeit für jedermann.

Herren-Ülster und -Paletots 14 mit und ohne Futter, ein- und zweireihig 22, 18, 14

Herren-Sakkoanzüge 15 ein- und zweireihig 25, 20, 15

Spezialität: Anfertigung nach Maß.

J. Rosenbaum

Danzig, Breitgasse 128-129.

Kolonialwaren

kaufen Hausfrauen billig und gut. Auf sämtlichen Waren verabfolgt ich Rabattmarken, und bitte hierzu von ausgiebig Gebrauch zu machen. TheophilKusche, Gr.Rambau 42.

Ein hübscher Goldbaum zu verk. Fleischerl. Schild 8 b, 2 Tr. I.

Friseur P. Wienhold, Langfuhr Brunshofer Weg 24

Friseur Gustav Bartz, Barthäuserstr. 80

Friseur A. Müller, Schüsselbamm 30.

Central-Theater

Elbings grösster u. schönster Kino

Nur Brückstrasse 15.

Neues Programm!

Darunter ein Hauptschlager und herrliche Dramen sowie Humoresken. Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr
 Kuber Abonnement. P. P. E. I.
Antoliebohen.
 Mittwoch, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr
 XI. Monats-Vorstellung. Bei ermäßigten Preisen. P. P. A. II.
Bausatz-Konzert.
 Unter Mitwirkung des gemischten Chors des Herrn Paul Stange.
Das Feuerkreuz.
 Dramatische Parodie für Solostimmen, Chor u. Orchester von Max Bruch.
 Donnerstag, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr. Kuber Abonnement.
 P. P. B. II. **Der fliegende Holländer.**
 Freitag, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr. Kuber Abonnement.
 P. P. C. II. Zum 1. Male. **Die Nibelungen.** Ein deutsches
 Trauerspiel von F. Heibel. **Der gehörnte Siegfried.**
 Siegfrieds Tod.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Sonntag, den 24. November 1912, nachmittags 3 Uhr
 im Lokale des Herrn Steppuhn, Schildliß

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegierten vom westpreussischen Parteitag.
2. Wahl von vier Mitgliedern in den Provinzvorstand.
3. Stellungnahme zum preussischen Parteitag.
Referent: Genosse Bartel.
4. Wahl eines Delegierten.
5. Verschiedenes.

Die Parteileitung.
 J. A.: Sellin.

1. Bezirk (Schildliß).

Bezirks-Versammlung

am Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr bei Herrn
 Steppuhn. Näheres durch Handzettel.

Die Bezirksleitung. J. A.: Martins.

5. Bezirk (Langfuhr).

Bezirks-Versammlung

am Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr beim
 Genossen Vöhring, St. Michaelsweg 39.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Bezirksvorstandes und
 Abrechnung. 2. Neuwahl des Bezirksvorstandes. 3. Ver-
 schiedenes.
 Die Bezirksleitung. J. A.: Janitz.

8. Bezirk.

Am Mittwoch (Bußtag), vormittags 11 Uhr findet
 Mannenbuden 35, 3 Tr.

wichtige Besprechung

aller jetzigen und früheren Funktionäre. Die Parteileitung.

Fertig vom Lager:
Elegante Anzüge

Ersatz für Mass von 18 „ an

Vornehme Uffter

entzück. Neuheit, von 21 „ an

Einzelne Hosen und Westen,
 Winter-Joppen sehr billig.

Spezialhaus

Louis Israelski
 Kohlenmarkt II.

Möbliertes Zimmer zum Preise
 von 10-12 Mk. zu mieten gesucht.
 Off. u. K. Z. a. Exp. d. Volkswacht.

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur

empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 28.

Badeanstalt Albert Petter

vorm. A. W. Jantzen, Vorstädt. Graben 34. Telefon 801.

Neueinrichtung.

Wannenbäder 30 Pfg. mit Seife u. Wäsche in Sonderabteil.

Verlangen Sie

überall unsere Spezialmarke

No. 100

Artus 2 Pfg.

ges. gesch.

Feinste, aromatische Qualitäts-Zigarette.

Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt.

Zu haben in den einschl. Geschäften.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

KOHLLEN

Holz und Briketts

geben zu billigsten Tagespreisen ab

Danziger Brotfabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Kolkowgasse 15.

Telephon 380.

Die Heilsarmee

Ohra-Niederfeld 29, Gasthaus zum fideleu Bauer, Bußtag,
 nachmittags 3 1/2 Uhr

religiöse Versammlung.

Thema:

Der Notruf des Volkes und die Antwort der Heilsarmee.
 Jedermann willkommen! Adolf Pahlke, Kapitän.



Kautabak

der Nordhäuser Tabakarbeiter-Gen.

Rauchtabak

der Burgsteinfurt. Tabakarbeiter-Gen.

Zigaretten

der Stuttgarter Tabakarbeiter-Genoss.

Zigarren

aus den Fabriken der Tabakarb.-Gen.

nur gute vorzügliche Ware
 empfiehlt

Eugen Sellin

Danzig, Schüsseldamm 56.

Künstliche Zähne 1.80, 3.00 u. 4.00 Mk.
 mit Kautschuk-Platte.

Stiftzähne, Kronen- und Brückenarbeiten.

Zahnziehen fast schmerzlos in normalen Fällen 1,00 Mk.

Bei Bestellung von Gebissen Zahnziehen kostenlos.

Plomben von 2,00 Mk. an.

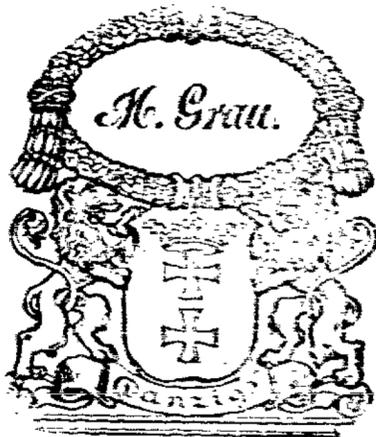
Umarbeitungen und Reparaturen von 1,00 Mk. an.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkannengasse Nr. 31 II.

Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 1 Uhr.



Das vornehme Kredit-Haus

Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, Holzmarkt 4

Ausstellung
 von
100 Musterzimmern

4 Holzmarkt 4

Part. I. II. III. IV. Etage
 Fabrikstil nach allen Etagen.

rechtfertigt die Bezeichnung „vornehm“
 nach jeder Richtung hin
 durch seine vornehme Neugestaltung,
 durch seine vornehme Geschäftsführung,
 durch seine vornehme Bedienung.

Möbel

in jeder Stilart und Preislage.

Kompl. Wohnungseinrichtungen

von 200 bis 15 000 Mark.

Anzahlung von 10 Mark an.

Einzelne Schränke, Verfüge, Spiegel, Bettstellen,
 Tische, Stühle, Sofas, Gardinen etc. etc.

Anzahlung von 2 Mark an.

Beamten und Kunden ohne Anzahlung.

Damen-Konfektion

Entzückende Formen
 und vornehmste Stoffe:

Kostüme, Mäntel,

Ulster, Jacketts,

Röcke, Blusen,

Pelzkragen, Muffe etc.

von 3 Mark Anzahlung an.

Beachten Sie meine
 Schaufenster!

Herren- Garderobe

in moderner und
 eleganter Ausführung

Paletots, Ulster,

Jackett-Anzüge

mit gestreifter Hose,

Gebrauk-Anzüge,

Kasack-Anzüge

von 3 Mk. Anzahlung an.

Teppiche

Läufer, Steppdecken,

Chaiselonguedecken,

Tischdecken, Tülldecken,

Gardinen, Künstler-

Gardinen, Stores,

Kleiderstoffe,

Bettbezüge etc. etc.

Diskrete Lieferung frei Haus.

12. Parteitag der Sozialdemokratie Westpreußens.

Abgehalten am 17. November 1912 im Bürgergarten zu Danzig-Schildlich.

Der Vorsitzende des Lokalkomitees, Genosse Sellin-Danzig, eröffnete 10 1/2 Uhr den Parteitag mit herzlichen Begrüßungsworten an die Delegierten. Westpreußen marschierte seit 1899 als selbstständige Landesorganisation, nachdem bis zu dieser Zeit Ost- und Westpreußen vereint gewesen seien. Die Verhältnisse haben aber ergeben, daß bei der Ausdehnung der beiden Provinzen ein Zusammenarbeiten im Interesse der Bewegung nicht mehr angängig sei. Und es habe sich auch gezeigt, daß dieses von praktischem Nutzen für unsere Organisation und Agitation gewesen ist.

Hierauf nahm der Parteisekretär der Provinz Westpreußen, Genosse Gehl, das Wort, um den Parteitag offiziell zu eröffnen. Er betonte, daß der diesjährige Parteitag eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen habe. Während der letzte Parteitag, welcher in Graudenz abgehalten wurde, sich mehr mit Organisationsfragen zu befassen hatte, werden wir uns heute über dieses Thema weniger zu unterhalten haben. Heute werden wir uns vornehmlich mit unserer Presse, den Bildungsbestrebungen für die Jugend und über die Landtagswahlen zu befassen haben. Er wünschte, daß jeder Delegierte mit Ernst und Würde an diese Fragen herantreten werde, um dann nach seiner Überzeugung stimmen zu können. Trotzdem, daß wir innere Parteiangelegenheiten besprochen werden, sieht die hiesige Polizei unsere Verhandlungen als öffentliche an und werden wir demzufolge polizeilich überwacht. Der Redner konstatierte, daß 31 Delegierte anwesend seien. Hierzu komme noch der Provinzvorstand, welcher vollständig erschienen ist, sowie der Genosse Lorenz als Vertreter der Redaktion und der Genosse Benke als Vertreter des Verlags, der Volkswacht. Von auswärts erschienen sind anwesend der Genosse Müller vom Parteivorstand aus Berlin, der Landtagsabgeordnete Leinert-Hannover, sowie der Genosse Linde-Königsberg, welcher später erschien. Als Referenten sind vorgesehen: Genosse Müller über die Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung, Genosse Leinert über die Landtagswahlen und Genosse Fooker über die Presse. Weiter war noch anwesend Genosse Proßwitz als Gauvertreter der Tapazierer-Gewerkschaft.

Auf Vorschlag Gehls wurden zur Leitung der Verhandlungen als Vorsitzende die Genossen Grünhagen-Danzig und Brill-Danzig-Vand, als Schriftführer die Genossen Hentschel-Elbing und Genosse Wahn-Graudenz, gewählt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Provinzvorstandes.
Referent Genosse Julius Gehl.
2. Die Presse.
Referent Genosse Fooker.
3. Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung.
Referent Genosse H. Müller-Berlin.
4. Die preußischen Landtagswahlen 1913.
Referent Landtagsabgeordneter Leinert.
5. Anträge.

Es wird bestimmt, daß die beiden Punkte: Bericht des Provinzvorstandes und die Presse vor der Mittagspause erledigt werden sollen.
Es folgt

der Bericht des Provinzvorstandes.

Parteisekretär Gehl: Mir ist die wenig angenehme Aufgabe geworden, vorwiegend über eine Zeit zu berichten, in der ich, vom 1. Oktober 1910 bis zum 30. Juni 1912, dem Provinzvorstande noch nicht angehörte. Der frühere Parteisekretär, Genosse Crispian kann den Bericht für diese Zeit nicht erstatten, weil er befallentlich in Stuttgart ist. Die Berichtszeit war politisch sehr ernst. Die Raketenkassette brachte uns beinahe an den Rand des Krieges. Die Reaktion wollte aus den Borgängen in Noabitt Kapital schlagen. Fast durchweg war Feuerungszeit. Zu allen diesen Borgängen haben wir in Versammlungen Stellung genommen. Die Reichstagswahlen hatten in Westpreußen ein günstiges Ergebnis. 1907 zählten wir 19 925 sozialdemokratische Stimmen. Im Jahre 1912 waren es aber 28 265. Die Vermehrung betrug somit 8340 oder 42 Prozent. Die Rückständigkeit des Ostens verhinderte aber die Gewinnung eines Mandats. Doch haben wir auch wesentliche Erfolge auf dem Lande gehabt. Im Landkreis Danzig, vorwiegend auf der Hebrung, war die Abstimmung für uns recht günstig. In drei Wahlkreisen, Danzig-Stadt, Danzig-Vand und Elbing kamen wir in die Stichwahl. Wir dürfen aber nicht glauben, daß unsere Räume in den Himmel wachsen. Wollen wir unsere Bewegung weiter fördern, so bedarf es unermüdlischer praktischer Arbeit. In Danzig-Stadt glaubten die mit dem Zentrum verbündeten Konfessionen das Reichstagsmandat zu erobern. Sie erlitten jedoch elend Mißfolge. In Danzig-Vand wurde der Wunsch des Zentrums, mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl zu kommen und dann zu siegen, nicht erfüllt. In Danzig-Stadt wagte das Zentrum gar nicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Es ist deshalb aber nach lange nicht tot und darum gut, daß es bei der Danziger Gewerkschaftswahl kräftig aufs Haupt geschlagen wurde. Trotzdem die Angehörigen des Baugewerbes hierbei zum ersten Male mitwählten, gingen die Zentrumsstimmen noch zurück.

Wir machten Fortschritte auch bei den Gemeinbewahlen. 1910 hatten wir in 5 Orten 12 Gemeindevorsteher; heute hat sich ihre Zahl in 9 Orten auf 25 vermehrt.

Unsere Organisation wuchs ebenfalls. Im Jahre 1910 hatten wir 2291 männliche und 303 weibliche, zusammen also 2594 Mitglieder. 1912 sind es 2963 männliche und 805 weibliche Mitglieder. Die Gesamtzahl beträgt somit 3768 und die Zunahme gegen 1910 also 1174. Die Zunahme der organisierten Genossen war am stärksten. Sie betrug 165 Prozent, während die männlichen Organisierten sich nur um 29 Prozent vermehrten. An den Parteivorstand führten wir 1910/11 ab 1337,86 Mk., im Jahre 1911/12 dagegen 2173,07 Mk. Das ist ein Mehr von 835,21 Mk. Die Zahl unserer Ortsvereine vermehrte sich in der Berichtszeit von 23 auf 35.

Die Entwicklung in den einzelnen Jahren zeigt jedoch, daß sie im Jahre 1911/12 leider nicht so günstig war, als vorher. Im Jahre 1910/11 vermehrte sich die Zahl der politisch Organisierten um 989, 1911/12 dagegen nur um 185. Im letzten Vierteljahr war sogar Stillstand, teilweise sogar ein kleiner Rückgang eingetreten. Es muß also wohl nicht jeder so seine Pflicht getan haben, wie das notwendig war. Die begreifliche Abspannung nach der Reichstagswahl mußte bereits überwinden sein. Es muß aber auch festgestellt werden, daß noch nicht alle Organisationen so fest fundiert

gemein sind, wie das gewünscht werden muß. Daran trifft niemand persönlich die Schuld, es liegt das eben an den Verhältnissen. Wir müssen daraus aber lernen und sehr fleißig tätig sein zur Stärkung unserer Organisation und zur Eroberung der Arbeiterschaft für den Sozialismus.

Der Kampf mit den Behörden und den anderen gegnerischen Machtfaktoren war wieder nicht leicht. Die Volkswacht hat das Nähere darüber mitgeteilt. Genosse Schröder schmachtet zurzeit im Gefängnis, wo er aus seiner Redaktionstätigkeit 8 Monate verbüßt. Mehrere Anklagefälle schweben noch. An Verfolgungen haben wir viel zu dulden. Der Kampf mit den Gegnern wird in der Hauptfrage in der Volkswacht geführt. Sie und unsere Organisation sind die Waffen in diesem Kampfe.

Die Gegner sind auch in Westpreußen unermüdllich tätig zur Stärkung ihrer Position. Vor einigen Tagen ging mir ein Zirkular der Zentrumspartei zu, das sogar an unsere Genossen verschickt wurde. Darin wird behauptet, daß der Zentrumsturm in alter Frische und neuem Glanz erstrahle. Zugleich wird geflagt, daß die schwarzen Erwartungen im Wahlkreise Danzig-Stadt unerfüllt geblieben sind. Deshalb will das Zentrum seine Organisation verstärken und einen Wahlverein mit festen Jahresbeiträgen von 1,20 Mark einführen. Die schwarze Partei lernt also aus den Wahlergebnissen.

Die Anstrengungen der Gegner müssen auch uns zu immer neuer unermüdlischer Arbeit anspornen. Wir müssen noch mehr tätig sein und größere Opfer bringen. Wohl haben wir den großen Bruder in Berlin, den Parteivorstand, der stets hilfsbereit war, wir dürfen uns aber nicht zu sehr auf ihn verlassen. Auch die Kriegervereine wollen ihre alte gegnerische Stellungnahme dadurch verklären, daß sie sozusagen eine Versicherung gegen sozialdemokratischen Terrorismus für 10 Pfennig Wochenbeitrag einführen wollen. Dabei wird gerade in jenen und ähnlichen Kreisen am meisten Terrorismus getrieben. Auch die Liberalen wollen nicht müßig bleiben. Sie gewannen bei der Reichstagswahl in Danzig-Vand über 200 Stimmen und suchen ebenfalls feste Organisationen zu schaffen. Dazu sollen ihnen zunächst die Fischer dienen.

Unsere Arbeit ist allerdings viel schwerer und besonders dort, wo wir erst neu eindringen wollen, aber auch dort, wo wir bereits feststehen. In Danzig haben wir nur dieses Lokal und die Maurerherberge für größere Zusammenkünfte. Die Elbinger Genossen besitzen bereits ein eigenes Heim. Sie hatten aber auch den Nutzen, daß Elbing bisher nicht Garnisonstadt war und besitzen vor allem mehr Geld, als wir in Danzig. In vielen Provinzorten müssen wir Miete zahlen, um Unterkunft erhalten zu können.

Die Frauenbewegung macht erfreuliche Fortschritte. Ebenso die Jugendbewegung. Es könnte aber auch auf diesen Gebieten mehr geschehen sein. In Danzig ist die Jugendbewegung stabiler, in Elbing ist die Beteiligung etwas größer.

Die Bildungsbestrebungen entwickelten sich erfolgreich. Der Danziger Bildungsausschuß will in den nächsten Jahren nach Möglichkeit auch die kleinen Orte berücksichtigen. Wieweit das gelingt, hängt jedoch von der Zustimmung der Berliner Zentrale ab.

Die gewerkschaftliche Landarbeiterorganisation machte Fortschritte, dadurch wird es schwieriger, die Landarbeiter politisch zu organisieren. Ihr geringer Lohn erlaubt ihnen nicht die doppelte Beitragszahlung. Trotzdem haben wir auch Erfolge auf dem Lande. Auf jeden Fall ist uns aber schon viel geholfen, wenn die Landarbeiter überhaupt organisiert sind. Sie sind dann ihren Bedrückern gegenüber nicht mehr so widerstandsunfähig.

Als Mangel zeigte sich, daß die Verwaltung mancher Organisationen noch nicht so gut funktioniert, wie das erforderlich wäre. Mit zunehmender Erfahrung wird auch dieser Mangel verschwinden.

Der Ausbau und die bessere Verbreitung unserer Presse gehört zu unseren vornehmsten Aufgaben.

In diesem Sinne müssen wir streben nach allen Seiten hin. Denn werden wir schöne Erfolge erringen für den Sozialismus zum Wohle der gesamten Menschheit. (Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Durch Zustimmung wurde dem Provinzvorstand Entlastung erteilt.

Hierauf nahm zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Presse“, der Genosse Fooker-Danzig das Wort und führte aus: Der Genosse Gehl hat schon in seinem Referat mit Recht darauf hingewiesen, daß seit dem letzten Parteitag in Graudenz, bis heute sich eine gewaltige Entwicklung in unserer Bewegung abgezeichnet hat. Ueber ein Jahrzehnt war notwendig, um unserer Presse ein Fundament zu geben, auf dem sie heute steht. Erst im Jahre 1910 war es uns möglich, auch hier in Danzig selbständig eine Parteizeitung herauszugeben. Wir gingen damals von der Voraussetzung aus, wenn es möglich sein würde, 2000 Abonnenten für das Blatt zu gewinnen, so wäre das Unternehmen gesichert. Mit einer 16 seitigen Probennummer eröffneten wir die Agitation und konnten nach kurzer Zeit mit unseren Erfolgen zufrieden sein. Unsere Volkswacht wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und hatte demzufolge einen Abonnentenstand erreicht, der das Unternehmen nicht mehr in Frage stellen konnte. Jedoch war bei wöchentlich einmaligem Erscheinen der Heißhunger der Genossen nach politischer Lektüre nicht zu stillen. Die Genossen waren gewohnt, ein tägliches Blatt zu haben, um allen Anforderungen zu genügen. Die Verhältnisse sind aber stärker als der Wille. Im Reichstagswahlkampfe, welcher schon im Herbst 1911 einsetzte, wurde es schwer empfunden, daß wir kein tägliches Blatt hatten. Darum entschlossen wir uns, trotz der Abmachung des Parteivorstandes, die Volkswacht bis nach Beendigung des Wahlkampfes wenigstens zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Es wäre aber verfehlt gewesen, nach der Wahl auf das einmalige Erscheinen zurückzugreifen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, das mit Mühe aufgeführte Gebäude zusammenstürzen zu lassen. Es hatte sich schon bei Abschluß des Jahres 1911 gezeigt, daß das Unternehmen sich rentierte und wir mit den Erfolgen, die erzielt wurden, hoch befriedigt sein konnten. Wir stehen heute auf eigenen Füßen. Der Abonnentenstand ist ein entsprechender hoher. Jedoch das darf uns nicht abhalten, auf der Harenhaut liegen zu bleiben. Die Genossen allerorts müssen mit aller Kraft und Energie ihren ganzen Einfluß einbringen, um die Volkswacht immer weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Ein zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt steht nicht auf der Höhe, um den politischen Kampf mit der rückwärtsgehenden Reaktion durchzuführen. Die Genossen müssen eine tägliche Zeitung haben, um auf dem Laufenden zu bleiben. Leider müssen heute noch viele unserer Leser ein bürgerliches Blatt halten, um die politischen und kommunalen Vorgänge regelmäßig beobachten zu können. Unsere

Volkswacht macht aber nach außen hin einen guten Eindruck. Sie zeigt sich bei unserem gut ausgebauten Internatwesen und durch tägliche Zunahme der Auflage. Auch die Gegner fühlen unsere Volkswacht ganz gewaltig. Das hat sich recht deutlich erst gezeigt bei der letzten Gewerbegeichtswahl. Mit grenzenloser Mut, hauptsächlich von Seiten der Schwarzen, wird unsere Presse verfolgt. Wir haben in der Polemik diesen christlichen Heuchlern schon sehr oft auch auf die Finger gepoht. Ferner haben wir uns auch der Aufmerksamkeit der Behörden, Polizei und Staatsanwalt, in hohem Maße zu erfreuen. Neben verschiedenen kleineren Prozessen, haben wir für unseren Redakteur ein Strafkonti von 6 und 2 Monaten Gefängnis zu verzeichnen. Auch jetzt schweben wieder drei Beleidigungsprozesse gegen die Volkswacht, wobei zwei Sachen auf unseren jetzigen Redakteur fallen. An Geldstrafen und Gerichtskosten haben wir seit Bestehen der Volkswacht circa 1300 Mark verausgabt. Jedoch trotz diesem steht die Volkswacht, wie schon erwähnt, auf gesunder Grundlage und es wird durch die Nadelstichpolitik unserer Gegner nicht gelingen, uns weich zu machen. Die Opferfreudigkeit unserer Genossen ist eben stärker als die kleinsten Nachschafften politischer Intoleranz.

Hätte unsere Volkswacht keine Bedeutung, so würden sich die Behörden nicht so eingehend mit ihr beschäftigen. Es ist dies der klarste Beweis, welche Macht unserer Presse innewohnt.

Nun zu den Anträgen, welche auf das tägliche Erscheinen unserer Volkswacht hingen. Den Delegierten liegt eine Kalkulation vor, auf der sich das tägliche Erscheinen der Zeitung aufbauen kann. Auf Grund dieser Zusammenstellung könnten wir schon heute das tägliche Erscheinen beschließen. Doch dazu gehören Kapitalien, die wir im Augenblicke nicht flüssig haben. Es würde notwendig sein, ein Kapital in Höhe von 20-25000 Mk. zur Verfügung zu haben. Auch ist ein Betriebskapital von mindestens einem Viertel dieser Summe zur Regelung der laufenden Verpflichtungen erforderlich. Natürlich ist dies so gedacht, daß wir unser Blatt in eigener Druckerei herstellen wollen. Wir haben im Verlag sowie im Sparverein Arbeiterdruckerei zurzeit ein Kapital von circa 10000 Mark zur Verfügung. Dies genügt jedoch noch nicht, wie aus meinen vorherigen Ausführungen ersichtlich ist. Daß Danzig, die letzte Großstadt in Deutschland, die kein täglich erscheinendes Organ unserer Partei hat, ein solches in kurzer Zeit haben muß, ist für jeden Genossen begreiflich. Leider ist der Beschluß der Konferenz vom 9. Juni dieses Jahres, die die Vertreter der Arbeiterorganisationen abgibt und wonach alle Mitglieder einen freiwilligen Beitrag von 1 Mark bis zum 1. August d. Js. an den Sparverein Arbeiterdruckerei abliefern sollten, wenig zur Durchführung gelangt. Ich bitte alle Anträge, die das tägliche Erscheinen der Volkswacht wünschen, zurzeit zurückzuziehen bzw. abzulehnen. Wir haben geglaubt, Ihnen die Grundlagen, auf die sich eine täglich erscheinende Zeitung aufbauen kann, nicht vorzuenthalten.

Nun soll auch die Preßkommission etwas anders gestaltet werden als bisher und schlagen wir darum dem Parteitage folgende Anträge vor:

Anträge zur Presse.

Die Volkswacht ist Eigentum des Sozialdemokratischen Provinzverbandes für Westpreußen.

Zur Leitung des Unternehmens ist eine „offene Handelsgesellschaft“ gegründet.

Am Erscheinungsort der Volkswacht wird eine aus 7 Personen bestehende Preßkommission eingesetzt.

In die Preßkommission delegieren je einen Vertreter die Wahlkreisorganisationen Elbing-Marienburg und Danzig-Vand. Vier Vertreter stellt der Verein Danzig-Stadt. Der Provinzvorstand wird durch seinen Parteisekretär vertreten.

Die Wahl der Mitglieder der Preßkommission erfolgt in den betreffenden Wahlkreisorganisationen.

Die Preßkommission konstituiert sich selbst und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie ist dem Provinzialparteitag für alle ihre Handlungen verantwortlich und dort verpflichtet, über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Aufgabe der Preßkommission ist es: 1. Das gesamte Unternehmen zu überwachen und nach Möglichkeit zu fördern. 2. Die erforderlichen Personen anzustellen und zu entlassen. 3. Vierteljährliche Abrechnungen aufzustellen und Beschwerden über die Expedition und Redaktion entgegen zu nehmen und zu erledigen.

Zur Erleichterung der Handhabung der laufenden Geschäfte wird aus der Preßkommission ein Ausschuß von drei Personen gebildet, der aus dem Vorsitzenden, Schriftführer und Parteisekretär besteht.

Mindestens am Quartalschluß sind sämtliche Mitglieder der Preßkommission zu einer Sitzung zu berufen. Dasselbe muß geschehen, wenn es sich um Veränderungen des Unternehmens, sowie um Neuanstellungen oder Entlassungen der bei der Volkswacht beschäftigten Personen handelt.

Beschwerden sind an die Preßkommission zu richten. Als Berufungsinstanz gilt der Provinzvorstand.

Der Parteitag verpflichtet die organisierten männlichen Genossen, in jedem Vierteljahr mindestens eine Preßfondsmarke von 10 Pfennig zu fleben. Der Vertrieb der Marken wird den Wahlkreisorganisationen übertragen. Die Abrechnung muß mit der regelmäßigen Abrechnung an den Parteisekretär erfolgen.

Der Provinzvorstand.

Danzig-Land, Ohra.

Die Volkswacht soll in Zukunft täglich erscheinen. Den Parteimitgliedern wird es zur Pflicht gemacht, für die weiteste Ausbreitung des Parteiblattes zu sorgen.

Thorn-Culm-Briesen.

Die Volkswacht ist in eine Tageszeitung umzuwandeln.

Elbing.

a) In die Preßkommission ist ein Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu Elbing zu delegieren, und muß dieser delegierte zu jeder Sitzung der Preßkommission eingeladen werden. Die Kosten trägt der Verlag.

b) In jedem Winterhalbjahr ist mindestens dreimal für Elbing-Marienburg eine Agitationsnummer der Volkswacht herauszugeben, die auf diesen Kreis zugeschnitten ist. Zur Mitarbeit an dieser Nummer wird Elbing verpflichtet.

der Begründung des Komitees sagte sie nicht, daß solche Bestimmungen praktisch keinen Zweck hätten; die sozialdemokratische Partei würde, wenn sie es wirklich wollte, auch andere Wege finden, um die Jugend zu beeinflussen. Erst das Kompromiß des Zentrums und der Konservativen mit dem Freisinn schuf den Jugendparagrafen.

Die proletarische Jugendbewegung stützt sich auf die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages und des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Beide Beschlüsse sind inhaltlich übereinstimmend. Die Auffassung, daß sie sich zum Teil widersprechen, ist irrig. Den Gewerkschaften liehen wir stets das Recht, besondere Umstände zu berücksichtigen. Wo es sich aber um allgemeine Bestrebungen handelt, da muß gemeinsam vorgegangen werden. Wir haben unsere Anhänger stets Klassenbewußt und nicht zünftlerisch oder in engem Kastengeist erzogen. Dieser darf daher auch nicht in die Köpfe der Jugend einziehen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugendbewegung ist von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam unter Beteiligung der Jugendlichen, die über 18 Jahre alt sind, errichtet. Es bestehen 574 Jugendauschüsse. Die Arbeiterjugend ist eine vorzügliche Zeitschrift. Sie ist über ihren besonderen Zweck hinaus zum Familienblatt der Arbeiter geworden. Ihre Auflage von über 80 000 Exemplaren ist aber noch lange nicht genügend angesichts der Tatsache, daß es nach der Reichstatistik über 3 Millionen Jugendliche von 14—18 Jahren gibt. Redner verweist nehm Leisefage, die unter seiner Mitwirkung in einem unläuglich abgehaltenen Kursus der praktisch tätigen Jugendleiter aufgestellt sind. Diese Speisekarte sei sehr reichhaltig. Der Kampf gegen den Alkoholismus kann gar nicht energisch genug gerade bei der Jugend geführt werden. Diesen Teil unserer Bestrebungen haben selbst preussische Behörden und Gerichte anerkannt. Die Veranstaltungen für die Jugendlichen müssen möglichst billig arrangiert werden. Kein Bergehr- und vor allem kein Trinkzwang darf dabei sein.

Man sollte nach unserm Programm glauben, daß die Behörden es unterstützen, mindestens aber Neutralität üben würden. Leider geschieht das nicht. Das Bestreben hörte nicht auf, aus diesen nicht politischen Bestrebungen doch politische herauszubestimmen. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung gilt als politische Betätigung nur, was die Einwirkung auf bestehende politische Verhältnisse bezweckt. Danach sind unsere Jugendbestrebungen bestimmt nicht politisch. Redner führte mehrere Beispiele an, wie praktisch zu arbeiten sei, ohne mit dieser höchstgerichtlichen Entscheidung in Differenzen zu kommen. Man könne z. B. sehr wohl über Laßaltesche Produktions-Assoziation einen Vortrag halten, dürfe jedoch dabei nicht den Übergang der Produktionsmittel an den Staat empfehlen. Das Reichsgericht schien aber nun klare Rechtsverhältnisse geschaffen zu haben. Bei unserer Jugendbewegung ist trotzdem alles möglich für politisch erklärt, was nicht im entferntesten diese Bedeutung hatte. Den konfessionellen Vereinen wurde indessen nicht selten die offene politische Betätigung anstandslos gestattet. Man habe unsere Jugendauschüsse sogar als Vorstände des gar nicht vorhandenen Vereins Jugendbewegung angesehen und sie für politisch erklärt. Zum Schutz gegen diese Rechtsanwendung müßte überall das Reichsgericht angerufen werden. Mit Hilfe einer preussischen Kabinettsorder vom Jahre 1834 und einer Instruktion vom Jahre 1839 ist man gegen Vortragende in der Jugendbewegung vorgegangen, obwohl das Reichsgericht bestätigt hat, daß diese alten Bestimmungen nur für den Schulunterricht gelten. Alle bürgerlichen Parteien haben wir gegen uns; das beweist das Schicksal des Jugendparagrafen im Reichsvereinsgesetz. Trotz all dieser Schwierigkeiten gibt es aber genug Material, das unter den Eltern der Arbeiterjugend für uns wirkt. Die Arbeiterjugend muß nicht nur aus politischen Gründen zu uns gehören. Dabei kommen auch die gewerkschaftlichen Interessen in Betracht. Diejenigen, die aus der bürgerlichen Jugendbewegung kommen, werden zuerst geneigt sein, die arbeiterfeindlichen Vereinigungen zu stärken. Genosse Korn hat bereits in seiner Darstellung der bürgerlichen Jugendbewegung darauf hingewiesen, daß schon das Tier im Walde seine Jungen mit seinem Herzblute erhält. Auch wir müssen dafür sorgen, daß das Volk nicht durch das Volk niedergehalten wird. Wir haben gerade in diesen Zeitaltern allen Anlaß, unsere Jugend im Geholge unserer proletarischen Bewegung zu erhalten. Man will den kriegerischen Geist in der Jugend großziehen und spricht von Humanitätsdusel. Wir wissen mit den größten Geistern, daß dieser Humanitätsdusel einer unser höchsten Kulturgedanken ist. In seinem Sinne haben wir zu wirken: Mit uns Jungvolk, mit uns der Sieg! (Lebhafter Beifall.)

Zu diesem Thema liegen folgende Anträge vor:

Bildungsbestrebungen.

In allen Wahlkreisen, wo gewerkschaftliche und politische Organisationen bestehen, wird ein Bildungsausschuß gebildet, welcher je zur Hälfte aus den beiden Korporationen gebildet wird.

Die Finanzierung der Bildungsausschüsse geschieht durch die örtlichen Organisationen. Die Aufgabe der Bildungsausschüsse liegt in dem Rahmen, den der Zentralbildungsausschuß in seinen Ratschlägen niedergelegt hat.

Um den Zusammenhang der einzelnen Ausschüsse in der Provinz Westpreußen zu fördern und um größere Veranstaltungen zur Durchführung zu bringen, wird der Bildungsausschuß in Danzig als Vorort bestimmt und mit der Durchführung der Maßnahmen beauftragt.

Der Provinzvorstand.

Proletarische Jugendbewegung.

Der Parteitag beschließt:

1. innerhalb der Organisation durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß alle organisierten Arbeiter ihre schulentwachsenen Kinder der Arbeiterjugend zuführen, daß
2. möglichst in jedem Haushalte, wo Kinder sind, die Arbeiterjugend gehalten wird, daß
3. mindestens vierteljährlich berufliche Zusammenkünfte für Jugendliche stattfinden, daß
4. in den Versammlungen die Bedeutung der Jugendbewegung ernsthaft erörtert wird, daß
5. für die Veranstaltungen des Jugendauschusses eifrige Propaganda getrieben wird.

Der Jugendauschuß in Danzig soll als westpreussischer Bezirksauschuß fungieren.

Der Provinzvorstand.

Danzig-Land. Ohra.

An allen Orten, wo Organisationen bestehen, sind Ausschüsse zu bilden, die die Jugendbewegung zu fördern haben.

Die Anträge des Provinzvorstandes werden einstimmig angenommen, wodurch sich der Antrag von Ohra erledigt hat. In der Diskussion nahm zunächst Genosse Sellin-Danzig das Wort: Der Grundgedanke des Referats bewegt sich dahin, für möglichst Bildung zu sorgen. Die Zentralstelle gibt aber nur wenig Mittel dazu her. Gerade bei uns in Westpreußen tut Bildung bitter not. Danzig ist eine Großstadt, doch fehlt es für die Jugend an einem geeigneten Spielplatz. Die Organisationen haben aber selbst die Mittel nicht, mehr zu bieten.

Genosse Gehl-Danzig: Daß die Jugendbewegung nicht weiter sei, liege an der politischen Organisation. Durch weiteren und besseren Ausbau derselben werde auch die Jugendbewegung beeinflusst werden. Die Jugendauschüsse wirken gut. Es muß aber mehr getan werden.

Genosse Müller-Berlin: Die Geldmittel müssen beschafft werden. Es ist aber nicht angängig, daß sich hier die Partei engagiert. Es sind über 80000 zahlende Abonnenten auf die Arbeiter-Jugend vorhanden.

Hierauf erstattete Genosse Landtagsabgeordneter Leinert-Hannover zum 4. Punkt der Tagesordnung das Referat über die Landtagswahlen. (Dieses Referat bringen wir der Bedeutung halber ausführlich in nächster Nummer.)

Zu diesem Punkt liegt folgender Antrag vor:

Thorn-Culm-Briefen.

Der Parteitag möge beschließen, daß bei der Landtagswahl 1913 alle in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen sich an der Wahl zu beteiligen haben.

Genosse Gehl bittet, den Antrag dem Provinzvorstand zu überweisen. Wenn wir auch noch keine nennenswerten Erfolge bei den Landtagswahlen in Westpreußen zu verzeichnen haben, so müssen wir doch überall tätig sein. Schon jetzt müssen wir mit der Agitation beginnen. Aber es ist uns in manchen Orten gar nicht möglich, uns an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Genosse Leinert spricht für Beteiligung an allen Orten. Man soll überall versuchen, Fühlung auch mit den ländlichen Ortschaften zu gewinnen.

Der Antrag Thorn-Culm-Briefen wird darauf angenommen.

Weiter steht folgender Antrag zur Verhandlung:

Frauenorganisation.

Der Parteitag verpflichtet die organisierten Arbeiter, die proletarische Frauenbewegung zu fördern und zu unterstützen. Als Mittel dazu empfiehlt er:

1. In erster Linie von den Genossinnen Hausagitationen. Zuerst bei den Frauen, deren Männer schon politisch organisiert sind, vorzunehmen, um sie für den Anschluß an die sozialdemokratischen Vereine zu gewinnen.
2. Für die Schulung der Frauen in der modernen Arbeiterbewegung Sorge zu tragen, und zwar in der Weise, daß dort, wo befähigte Personen vorhanden sind, die Ausbildung der Frauen übernommen und Besessende separat für die Genossinnen eingerichtet werden.

Der Parteitag erkennt an, daß von der Ausführung dieser Vorschläge sämtliche Teile der modernen Arbeiterbewegung Nutzen haben werden.

Der Provinzvorstand.

Der Antrag wird von der Genossin Broshwitz kurz begründet, worauf dessen Annahme erfolgt.

Zum Maisfonds hat der Provinzvorstand folgenden Antrag gestellt:

Zur Stärkung des Maisfonds empfiehlt der Parteitag die Herausgabe von Maisfondsmarken im Werte von 30 Pfennig an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Westpreußen. Die Entnahme einer Marke in jedem Jahre wird jedem politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen zur Pflicht gemacht. Von dem Erlös der Marktmärke haben die Organisationen je 25 Pfennig an den Maisfonds abzuliefern.

Die Ausführung dieses Beschlusses wird dem Provinzvorstand und dem Provinzial-Gewerkschaftssekretariat in Elbing übertragen.

Auch dieser Antrag wurde nach einer Begründung des Genossen Sellin angenommen.

Folgender Antrag von Elbing:

Zum Organisationsstatut des Provinzverbandes.

Der Paragraph 4 erhält folgende Fassung:

Die Geschäfte des Verbandes besorgt der Provinzvorstand, der aus 7 Parteigenossen, darunter mindestens 1 Genossin, und dem Parteisekretär für Westpreußen besteht.

Nach jedem Provinzialparteitag wird der Provinzvorstand neugewählt, und besteht aus 4 Genossen von Danzig-Stadt, 1 Genossen aus Danzig-Land, 1 Genossen von Elbing-Marienburg. Die Wahlen werden von den zuständigen Parteiorganisationen vollzogen.

wurde nach einem ausgiebigen Redeturnier, wobei die besten Dialektiker des Parteitages, die Genossen Schulz-Elbing, Bartel, Fookes und Gehl-Danzig ihre Klänge krenzten, abgelehnt.

Zu Punkt 2. Presse, wurde noch nachträglich folgende, auf der Konferenz am 9. Juni d. J. von den Vertretern der Organisationen beschlossene Resolution vom Parteitage einstimmig akzeptiert:

Arbeiterdruckerei Westpreußen.

1. Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit der Schaffung einer Arbeiterdruckerei an. Sie ist der Überzeugung, daß dieses Unternehmen das hauptsächlichste Mittel zum Ausbau der Volkswacht ist. Dadurch würde zugleich die Möglichkeit geschaffen, die von den Arbeiterorganisationen benötigten Druckerarbeiten der Ausbeutung durch private Unternehmer zu entziehen und den daraus erzielten wirtschaftlichen Nutzen im Interesse der Arbeiterbewegung zu verwenden.

2. Die Konferenz beschließt deshalb, das notwendige finanzielle Fundament des Unternehmens durch die nachdrücklichste Förderung des Sparvereins Arbeiter-Druckerei Westpreußen schaffen zu helfen.

Im besonderen empfiehlt sie

1. den Organisationsleitungen, alle verfügbaren Mittel dem Verein zur Verfügung zu stellen und sie nicht in kapitalistischen Unternehmungen, wie Sparkassen und dergleichen, anzulegen;

2. den modern organisierten Arbeitern, die Mitgliedschaft des Sparvereins Arbeiterdruckerei zu erwerben.

3. Die Konferenz schlägt ferner vor, von jedem organisierten Arbeiter einen einmaligen freiwilligen Beitrag von 1 Mark zu erheben. Der Beitrag ist in vier Raten gegen Quittungsmarken zu entrichten.

Der Genosse Gehl teilt noch mit, daß bei allen Ortsvereinen das Geschäftsjahr erst am 1. April abschließen soll, gleichwie beim Parteivorstand. Eine Änderung des Statuts ist deswegen aber nicht notwendig.

Hierauf erhält der Genosse Bartel das Wort zur Begründung einer gegen den Völkermord sich wendenden Resolution.

Er führt dazu folgendes aus:

Ehe wir wieder in den Tageskampf zurückkehren, müssen wir auch derer gedenken, die fern im Orient auf den Schlachtfeldern verbluten müssen. Die Herrschenden rüsten sich zur Hundertjahrfeier der Befreiungskriege. Es waren dies nicht Befreiungskriege für die Völker, sondern für die Fürsten. Das Volk ist noch nicht frei in Preußen. Es ist noch nicht Herr über sich selbst und über sein Geschick. Wenn wir auch auf eine tausendjährige Kultur zurückblicken, so schmachten die Völker aller sogenannten Kulturstaaten immer noch unter dem benegleirigen Joche des verrohten Kapitalismus. Die Kriegsbeute auf der Balkanede schwillt an. Im Angesichte des Massenmordes empfinden wir die Schmach doppelt, daß die Völker sich immer noch von einer kleinen Clique von Despoten lenken und leiten lassen. Der Krieg ist ein Hohn auf die Kultur und das Christentum. Einem Junterpräsidenten im Abgeordnetenhaus war es vorbehalten, den Genossen Hoffmann wegen dieses Auspruchs zur Ordnung zu rufen. Entsetzliche Szenen werden aus Konstantinopel gemeldet. Hunger und Cholera sind die Begleiter des unmenschlich geführten Krieges. Unter dem Banner der Unmenschlichkeit wird der heilige Krieg des Kreuzes gegen den Halbmond geführt. Europas Kultur ruht auf Kanonen und Bajonetten. Wir halten das Banner der Menschlichkeit hoch und lassen uns von den herrschenden Gewalten nicht schrecken. Der Redner unterbreitete dem Parteitage folgende Resolution:

Der Provinzialparteitag erhebt mit aller Entschiedenheit Protest gegen den verbrecherischen Versuch, das deutsche Volk in den Balkankrieg hineinzuziehen. Er spricht seinen tiefsten Abscheu gegen den Krieg aus und erklärt insbesondere mit voller Übereinstimmung aller beteiligten Länder, namentlich Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Rußlands, Englands und Italiens, daß das Proletariat keine Lust hat, sein Blut für die Pläne ehrgeiziger und herrschsüchtiger Cliques zu opfern. Der Provinzialparteitag fordert speziell die westpreussischen Arbeiter auf, sich mit voller Kraft an der Propaganda gegen den Krieg und für den Frieden zu beteiligen.

Die mit großer Wärme temperamentvoll ausgeführte Ansprache des Genossen Bartel wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Mit diesem erhebenden Schlußakt hatte der Parteitag seine Arbeiten beendet. Der Vorsitzende, Genosse Grünhagen, gab in feierlichen Worten einen Ueberblick über die Arbeiten des Parteitages und schloß mit einem Hoch auf die völkerebefreundende Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte, den 12. Westpreussischen Parteitag.

Hierauf brachte der Arbeitergesangsverein Sängergruh einige schön gesungene Kampflieder zum Vortrag. Es schlossen sich hieran die Aufführung lebender Bilder durch die Arbeiterturner. Ein Längchen, wobei sich Alt und Jung bis in die ersten Morgenstunden hinein amüsierte, schloß die würdige Feier.

Aus Westpreußen.

Flatom.

Stadtverordnetenwahlen.

Die Flatomer Zeitung schreibt über die bürgerliche Rathsalgerei anlässlich der letzten Stadtverordnetenwahlen:

Die Stadtverordnetenwahlen, die in Flatom eine große Wahl- und Wählerarbeit brachten, sind beendet, allerdings hat noch eine Stichwahl stattzufinden. Die Gemüter werden sich allmählich wieder beruhigen, nachdem in den letzten Wochen nur noch die Stadtverordnetenwahlen in allen möglichen Tonarten das Gespräch an Birtischen war.

Breitgasse 100

Billig u. gut
kauft man im

Konfektionshaus

zum goldenen Hirsch

Breitgasse 100

Herren-Anzüge
von 12 Mk. an

Herren-Paletots
von 13 Mk. an

Herren-Hosen
extra stark
von 2 Mk. an
Herren-Stoff-Westen
von 2 Mk. an
Kinder-Anzüge
staunend billig.

Herren-Westen, Unterhosen, Hemden
Jacken, Hüte, Mützen, Chemisettes
Kragen u. Krawatten zu spottb. Preisen.

100
Danzig
100

MAGGI^s Bouillon-Würfel der beste!

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.



„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Die Wahlbeteiligung in der dritten Abteilung war eine so große, wie sie bisher in Flatau kaum zu verzeichnen gewesen ist. 232 Wähler haben ihr Wahlrecht ausgeübt. Das ist leider noch nicht der größte Teil der Wähler, denn 259 sind der Wahl fern geblieben. Das ist eine sehr große Zahl, und man darf nur wünschen, daß sie sich endlich verringere, daß jeder Bürger sein Wahlrecht ausübt, zum Segen der Stadt. Diesmal war es in der dritten Abteilung gewiß nicht leicht, denn es standen dort nicht weniger als acht Kandidaten zur Verfügung. Da konnte sich mancher nicht mehr zurechtfinden. Wie vorauszusehen war, hat Wirtenerbesitzer Krug mit einer großen Mehrheit gesiegt. Restaurateur Toh kommt mit dem Landwirt Wilhelm Schulze in die Stichwahl, die am Sonnabend, den 30. November 1912, nachmittags von 5—7 Uhr, stattfindet. Man hat wohl kaum darauf gerechnet, daß gerade Schulze in die Stichwahl kommen würde. Übrigens sind ihm auch die übrigen Kandidaten meist sehr nahe gekommen. Das Ergebnis ist folgendes:

Krug	149	64 Proz.	Toh	92	40 Proz.
Doblah	31	12	Weiler	39	15
Priebe	40	15	Schulze	50	22
Knoak	45	19	Kasimir	13	6

Wie schon oben angegeben, ist die Wahlzeit bei der Stichwahl von 5 bis 7 Uhr abends festgesetzt. Man kann dies nur billigen, weil die Zeit zwischen 2 und 4 Uhr für viele, namentlich für die Arbeiter, sehr ungünstig ist. Eine Reihe von Wählern war nicht in der Wählerliste. Man kann ihnen nur dringend raten, Einsicht in die Wählerliste im Monat Juli, wo sie öffentlich ausliegt, zu nehmen.

In der zweiten und ersten Abteilung war die Wahlschlacht bald geschlagen. Da Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, wurden die bisherigen Stadtverordneten, Sanitätsrat Dr. Hoffe für die zweite und Kaufmann Rahnmann für die erste Abteilung, einstimmig wiedergewählt. In der zweiten Abteilung hatten von 81 Wählern 46 ihre Stimmen abgegeben. In der 1. Abteilung wählten von 13 Wählern 5.

Besondere ist der Bericht mißraten, als die Wahlaktion von der Flatauzeitung als Wählerarbeit betrachtet wird. Da nun bei dieser Wahl die Sozialdemokraten nicht in Frage kommen, weil die Arbeiterklasse von Flatau keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, so ist das sehr beunruhigend für uns, daß dort trotzdem gewählt wurde. Wir glauben doch immer annehmen zu dürfen, daß nur die Sozialdemokraten — wenigstens nach Ansicht der bürgerlichen Presse — Wähler seien. Jetzt werden auch die Bürgerlichen als Wähler angesehen. Wir möchten nur gern wissen, ob das evangelische oder katholische Wähler sind. Nun, die Flatauzeitung muß es ja wissen. Wir werden uns dies für zukünftige Fälle aufbewahren.

Kreisrat. Kreisratswahl. In der gestrigen gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten wurde als zweiter Kreisratschöffe der Stadt Kreisrat Herr Polster für Kahlbes gewählt. Dem Kreisrat, der bisher 32 Mitglieder zählte, werden entsprechend der erhöhten Einwohnerzahl des Kreises künftig 33 Abgeordnete angehören. Dieser neue Abgeordnete entfiel gemäß der gesetzlichen Bestimmung auf Kreisrat. Die nächste Anwartschaft hätte Sanderburg, das 400 Seelen weniger als Kreisrat zählt. Von den Städten haben bereits Flatau und Zempelburg zwei Vertreter.

Der Krieg auf dem Balkan.

Vormwärts? Rückwärts?

Nach übereinstimmenden Nachrichten vom Kriegsschauplatz sollen die Türken an der Tschataldhalime einen entscheidenden Sieg über die Bulgaren errungen und dieselben auf der ganzen Linie zurückgeschlagen haben. Hunger und Cholera sind den Serben gegenüber die Türken zu Hilfe gekommen, so daß eine Wendung der Dinge, trotz des letzten Erfolges der Türken, wohl schon zu erwarten ist.

Der Kaiser von Österreich gegen einen Frieden um jeden Preis.

Wien. Der Kaiser soll sich in Pest zu einer hochbedeutenden Persönlichkeit in folgender Weise geäußert haben: „Ich bin für den Frieden, aber nicht für den Frieden um jeden Preis. Wir können uns nicht alles gefallen lassen.“ Gerüchte über den bevorstehenden Abbruch des Friedens sind bereits bereits nach Berlin überliefert worden.



Reklame-Preise für Herren-Knaben-Konfektion

Sie sparen Geld!

Bevor Sie Ihren Bedarf decken, bitte unsere Offerte zu berücksichtigen.

Ulster in modernem englischen Stoffen	15.75	Jackett-Anzüge Ersatz für Maß	12.50
Winter-Paletots in Hoch- und Eskimo- oder mit schwerem Felle	12.50	Stoff-Hosen	2.50
Loden-Joppen	6.50	Knaben-Anzüge aus prima Stoffen	4.50
Mod-Abteilung unter Leitung eines erstklassigen akademisch gebild. Zuschneiders.		Anzüge nach Maß	36.00

Beachten Sie unsere Schaufenster! Jeder Käufer erhält ein hübsches Geschenk!

Czerninski & Co.

Ecke Junkergasse. Breitgasse 121/122. Ecke Junkergasse.

Ordentl. Laufburche weide sich Langgasse Nr. 71.

Ein Wächter gehalt. Mühlendücker Graben Nr. 111. 1 Fr.

Arbeitsburche, kräftig, der auch fahren kann, gefacht. Zentral-Molkerei, Steindamm 15.

Friseur A. Müller Schäffeldamm 30.

Wohnung, Stube, Kabinett, Küche u. Stall zu verm. Näheres Schäffeldamm 10.

Friseuse Frau Ida Neumann Schäffeldamm Nr. 18.

Schirm-Reparaturen = sauber, schnell und billig
Schirmfabrik
E. & B. Schlachter,
Hellige Geistgasse 141,
2. Haus am Holzmarkt.

Nur in dringenden Fällen
wollen unsere verehrlichen Inserenten etwaige Anzeigentexte telephonisch aufgeben da wir für Fehler, die durch falsches Verstehen verursacht werden, keine Verantwortung übernehmen können.
Expedition der „Volkswacht“

2 Wohnungen,
15 u. 25 Mk., Voggenpühl Nr. 6 zu vermieten.
Stube, Küche und Zubehör vom 1. 12. zu vermieten Holzgasse Nr. 10.
Sofwohnungen,
12 und 14 Mk., 1. Dezember zu verm. Voggenpühl 68, 2.
Ein junger Mann, der mit Pferden Bescheid weiß, kann sich melden Häkergasse Nr. 37, 1 Tr. Weichbrodt. Abends v. 6—8.

Arbeiter-Notizkalender 1913

Reichhaltiger Inhalt — a. a. Alle für den Arbeiter wichtigen Adressen
Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten
Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912
Die deutsche Reichsverfassung
Arbeiterbildung und Bildungsarbeit
Kinderschutzgesetz
Etwas v. Schnapsboykott
Die Gewerkschaften im Jahre 1911
Kalendarium sowie Geschichtskalender, Portotaxe, Notizbuch
Preis gebunden
:: 50 Pfennig ::
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

<p>S. Maltentorf ELBING, Auer Markt 1 Wapel auf Leuchtständer.</p> <p>Fingerringe, Ohrring Königsplatz 14</p> <p>Alkoholfreie Getränke.</p> <p>Chr. Schatz Telegraph 202</p> <p>Sinalco</p> <p>Bäckereien. Karlshof, Schütz, Karthausstr. 12</p> <p>Brotfabriken</p> <p>Danziger Brotfabrik G. u. H. E. Lehnroggen 13 Riese Schillerstr. 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.</p> <p>H. Herder Elbing, Wilhelmstr. 14</p> <p>Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p> <p>Horst Lettau Händelgasse 36 ca. 50 Kisten von Stroh zum Lager.</p> <p>J. NOETZEL Bismarckstr. 12 Wagner, Jagdweg-Straße 10</p> <p>M. Krause Rammberg 13 empfehl. sehr Spezialitäten</p> <p>Danziger Aktien-Bierbrauerei Jahresertrag ca. 100 000 Mk. Alle Schlossbrauerei</p> <p>Carl Preuss, Graudenz Langgasse 21, Graudenz 21</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis</p> <p>Drogen und Farben WYBETA-FABRIK, Fabrikanten Arnst. u. Wäbele und Krampfleger</p> <p>Fabrikanten, Näharbeiten A. Heis, Langgasse 113 Max Venzel, Elbinggasse 21, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.</p> <p>ENGLESH CLUB Breitgasse 106/107</p> <p>SCHMIEDEGASSE 7 Schmiedegasse 7 Karlshof</p> <p>Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1</p> <p>Johannes Schamp Schiffelgasse 17 Arbeit-Garderoben</p> <p>Sally Bieder, Sad geist Mannstr. 1, Kurz- u. Schwärzen sowie ständ. Arbeitergarderoben</p> <p>Kehlen, Holz, Erikkett</p> <p>Danziger Brotfabrik G. u. H. E. Lehnroggen 13</p> <p>C. Ehler Schillerstr. 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.</p> <p>Central-Molkerei G. H. Banzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen.</p> <p>Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen.</p> <p>Pfarrkinst. Grammophon Danziger Sprechmaschinen u. Fahr- rad-Lichter, Langgasse 31. Reinlich und billige Reparaturarbeiten für Abnehmer der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturarbeiten enorm billig.</p> <p>Papier- und Schreibwaren</p> <p>G. W. PETERSEN ELBING, Alter Markt 53 Schul- und Büro-Artikel.</p> <p>Schirme, Stöcke, Mützen</p> <p>Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p>	<p>Schneider-Artikel Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p> <p>Schnupftabak-Fabriken</p> <p>Joh. Kostuchowski Danzig - Schillert Karlshofstr. 113. Telefon 2767.</p> <p>Julius Gosda Schnupftabak- :: Kacheli Danzig, 2. Priestorgasse 5 Ecke Häkergasse.</p> <p>Schuhwaren</p> <p>Großes Schuhwaren-Lager Inh.: Fortner Kl. Meißnerstr. neu, dem Pfarrh. an. Arbeiter erhalten Extrarabatt.</p> <p>Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unvergleichlich billige Preise</p> <p>L. Michaelis III. Damm Nr. 6 Helligegeistg. 24. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitskleid, Reparaturwerkstatt.</p> <p>Seifen- u. Toiletteartikel</p> <p>Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p> <p>Spielwaren</p> <p>Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p> <p>Sprechmaschinen, Flauto</p> <p>A. Heis, Breitgasse 113.</p> <p>L. Reisters, ELBING, Schillerstr. 2</p> <p>Trilotsagen, Wollwaren</p> <p>Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p> <p>Uhren und Goldwaren</p> <p>Karczewski, Junkergasse 1</p> <p>Wäsche, Weiß- u. Wollw.</p> <p>Justus Goldstein Junkergasse 1 Lavenberggasse 4</p>
--	---	--